

165/KOMM XXVI. GP

Am 10.7.2025 erfolgte eine vertraulichkeits-/datenschutzkonforme Adaptierung

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses über die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT-Untersuchungsausschuss) (3/US XXVI.GP)

Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson R. G., BA (BVT) in der 18. Sitzung vom 5. Dezember 2018

Der Untersuchungsausschuss über die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT-Untersuchungsausschuss) hat in seiner 36. Sitzung am 11. April 2019 mit Stimmenmehrheit (dafür: V, F, dagegen: S, N, J) gemäß § 20 Abs. 1 Ziffer 1 der Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (VO-UA) beschlossen, das in der Beilage enthaltene wörtliche Protokoll der öffentlichen Befragung der Auskunftsperson R. G., BA (BVT) zu veröffentlichen. Einwendungen oder Berichtigungen gemäß § 19 Abs. 3 VO-UA sind nicht eingelangt. Die Veröffentlichung erfolgt in sinngemäßer Anwendung von § 39 des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates als Kommuniqué im Internetangebot des Parlaments.

Wien, 2019 04 11

Gabriela Schwarz

Schriftührerin

Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger

Vorsitzende-Stellvertreter



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

BVT-Untersuchungsausschuss



Stenographisches Protokoll

18. Sitzung/medienöffentlich

Mittwoch, 5. Dezember 2018

Gesamtdauer der 18. Sitzung
10.06 Uhr – 18.16 Uhr

Lokal 7

Befragung der Auskunftsperson Oberst R. G., BA (BVT)

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Ich fahre fort mit der **Belehrung** der Auskunftsperson. Zunächst: Die Personaldaten, die ich hier vorliegen habe, stimmen, Herr R. G. (BVT)? **(Auskunftsperson R. G. (BVT): Ja!)** – Danke schön.

Sie werden vor dem Untersuchungsausschuss betreffend die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, BVT-Untersuchungsausschuss, als Auskunftsperson zu den Beweisthemen 2, Extremismus, und 3, Hausdurchsuchungen, des Untersuchungsgegenstandes angehört.

Sie haben mit der Ladung eine schriftliche Belehrung über Ihre Rechte und Pflichten als Auskunftsperson erhalten. Ich weise Sie ausdrücklich auf diese schriftliche Belehrung hin und betone insbesondere, dass Sie verpflichtet sind, die an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss kann gemäß § 288 Abs. 1 und 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden.

Es besteht vor dem Untersuchungsausschuss kein generelles Recht zur Aussageverweigerung. Die Aussageverweigerungsgründe konnten Sie der mit der Ladung zugestellten schriftlichen Belehrung entnehmen. Die Gründe für eine Aussageverweigerung sind anzugeben und über Verlangen glaubhaft zu machen.

Sie sind berechtigt, Beweisstücke vorzulegen, die Zulässigkeit an Sie gerichteter Fragen zu bestreiten und den Ausschluss der Öffentlichkeit jederzeit zu beantragen.

Weiters weise ich Sie auf die Geheimhaltungspflicht nach dem Informationsordnungsgesetz hinsichtlich der klassifizierten Informationen hin. Dem Untersuchungsausschuss vorgelegte Akten und Unterlagen dürfen nicht veröffentlicht werden. Ich weise Sie auf die Ihnen bereits schriftlich mitgeteilte Geheimhaltungspflicht nach dem Informationsordnungsgesetz hin. Jede Person, die Zugang zu klassifizierten Informationen erhalten hat, ist zur Verschwiegenheit über diese Informationen verpflichtet, und zwar auch nach Beendigung der Befragung. Kopien, Notizen, Auszüge dürfen weder von der Auskunftsperson noch von einer allfälligen Vertrauensperson angefertigt werden. Alle im Untersuchungsausschuss vorgelegten Unterlagen dürfen von der Auskunftsperson nach Beendigung der Befragung nicht an sich genommen werden, sondern haben auf dem Platz zu verbleiben.

Sie sind berechtigt, eine einleitende Stellungnahme abzugeben, deren Gesamtdauer 20 Minuten nicht überschreiten soll.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Vielen Dank, Herr Verfahrensrichter.

Herr R. G. (BVT), als Auskunftsperson haben Sie das Recht, eine **einleitende Stellungnahme** abzugeben. Diese soll 20 Minuten nicht überschreiten. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

R. G., BA (BVT): Nein.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Dann ersuche ich den Herrn Verfahrensrichter um die Durchführung der **Erstbefragung**. – Bitte.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: In welcher Abteilung beziehungsweise in welchem Referat des BVT sind Sie tätig?

R. G., BA (BVT): Ich bin im Referat der Abteilung 2, konkrete Bezeichnung ist 2.1 oder Extremismus, tätig.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Wer sind Ihre Vorgesetzten?

R. G., BA (BVT): Meine direkte Vorgesetzte ist Frau S. G. (BVT) und darüber eben der Abteilungsleiter, derzeit K. L. (BVT). (*Abg. Lueger: Was?*) – K. L. (BVT).

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Können Sie kurz Ihre Aufgaben im BVT umreißen und beschreiben, mit welchen Fällen Sie zu tun haben?

R. G., BA (BVT): Na ja, der Aufgabenbereich des Extremismusreferats – für mich konkret: die operative Leitung von Fällen – umfasst die Bekämpfung des Rechtsextremismus, Linksextremismus und die staatsfeindlichen Verbindungen beziehungsweise näher bekannt unter den Staatsverweigerern.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Welche persönlichen Wahrnehmungen haben Sie zur Hausdurchsuchung am 28.2.2018 und inwiefern waren Sie davon betroffen?

R. G., BA (BVT): Also konkret: Am 28.2. habe ich im Zuge der Morgenbesprechung um 9 Uhr, die täglich in unserem Referat stattfindet, teilgenommen; so gegen 9.05 Uhr – ich habe es konkret da notiert für mich (*die Auskunftsperson liest in den Unterlagen*), dass ich da nicht - -, 9.05 Uhr, ist dann Herr W. R. (EGS) von der EGS in die Tür des Besprechungsraums in unserem Referat gekommen und hat gesagt – mit dem Wortlaut –: Ich brauche Frau S. G. (BVT)!, hat dann wiederholt: Frau S. G. (BVT)!

Frau S. G. (BVT) ist dann aufgestanden bei der Besprechung mit dem Wortlaut, so wie es mir in Erinnerung ist: Haben wir leicht eine HD?, im O-Ton, weil eben schon weitere Bedienstete mit einer Überziehweste draußen gestanden sind. Sie ist dann mit den Beamten in ihr Büro gegangen und ich bin in dem Besprechungsraum mit allen weiteren Bediensteten des Referats verblieben.

Es war dann so, dass seitens der Bediensteten der EGS die Anweisung gekommen ist, was sich ja dann unmittelbar aufgeklärt hat, dass niemand elektronische Geräte verwenden soll und keine Toilettengänge beziehungsweise Verständigungen durchführen soll.

Das haben wir dann insofern geklärt, indem nachgefragt wurde, ob die Toilette benutzt werden kann, und das hat kurzfristig für Diskussionen gesorgt. Ich habe das Ganze dann aber relativ schnell gegenüber meinen Bediensteten so kundgetan: Wenn wir Besprechung gehabt hätten, wäre ebenso niemand auf die Toilette gegangen, also werdet ihr jetzt kurz, die 5 bis 10 Minuten, warten, bis die Sicherheit hergestellt ist, was eben von den anwesenden EGS-Beamten über Funk abgeklärt wurde. Und dann ist der Auftrag gekommen oder die Freigabe, es dürfen die Toiletten benutzt werden. Allerdings war es zu diesem Zeitpunkt eine sichtlich angespannte Situation. Es hat keine Handgreiflichkeiten gegeben oder keine verbalen Entgleisungen, aber man hat gemerkt, es ist zumindest eine gewisse Spannung in der Luft.

Ab diesem Zeitpunkt, das war ungefähr 10 Minuten später, also um 9.15 Uhr, wurde dann gesagt, es ist okay. 9.20 Uhr war dann meiner Erinnerung nach Frau Staatsanwältin Schmudermayer bei Frau S. G. (BVT) im Büro und hat ihr die Anordnung übergeben, ist aufgeklärt worden über den Zeugenstatus, und um 9.25 Uhr oder ungefähr 5 Minuten später war Herr W.K. (EGS), der zumindest in meinem Eindruck vor Ort eine koordinierende Rolle gehabt hat und das auch mir gegenüber bestätigt hat über Rückfrage - -

Ich habe dann den Abteilungsleiter, den damaligen, interimistisch als Stellvertreter, der die Abteilungsleitung übergehabt hat, C. M. (BVT), von der Durchführung dieser Hausdurchsuchung informiert. W.K. (EGS) hat mir gegenüber gesagt, dass der Einsatzleiter – über mein Nachfragen – Wolfgang Preiszler ist. Und nach der Information des Abteilungsleiters C. M. (BVT) ist er mit mir gemeinsam - - Also ich bin da quasi einen Stock nach oben gegangen, war beim Abteilungsleiter, der ist mir allerdings am Gang bereits entgegengekommen. Ich habe ihn informiert, dass eine Hausdurchsuchung stattfindet. Er ist mit mir dann runtergegangen, um eben die Anordnung, die der S. G. (BVT) quasi ausgehändigt wurde, auch zu lesen. Parallel dazu ist eine Mitarbeiterin des Referats IKT, sprich die EDV-Abteilung beziehungsweise Referat im

BVT, gekommen, ob der Abteilungsleiter als Vertrauensperson anwesend sein möchte. Das war ziemlich zeitgleich, ungefähr 9.30 Uhr, also innerhalb der ersten halben Stunde.

Gegen 10.30 Uhr wurde von Herrn W.K. (EGS) mir gegenüber geäußert, dass er eine Liste der anwesenden Mitarbeiter im Referat Extremismus haben möchte, für die Staatsanwältin. Dem Ersuchen bin ich nachgekommen, und gegen 11 Uhr hat die Hausdurchsuchung – meiner Erinnerung nach – tatsächlich begonnen.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Wurden Sie über den Grund der Hausdurchsuchung informiert?

R. G., BA (BVT): Zum Zeitpunkt des Einschreitens, zu Beginn, also gegen 9 Uhr: Nein.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Welche Daten beziehungsweise Dokumente wurden beschlagnahmt? Im Großen und Ganzen gesagt, also nicht einzeln, sondern - -

R. G., BA (BVT): Also, es hat sich so dargestellt, dass zu Beginn der Auftrag war – es hat sich ja sehr lange hingezogen, die sind um 9 Uhr gekommen –: Sicherheit herstellen. Das war, sage ich einmal, eine angespannte Situation für die Dauer von 10, 15 Minuten, und dann war eine sehr lange Wartephase, in meiner Erinnerung, bis tatsächlich mit einer Durchsuchung begonnen wurde. Diese Durchsuchung hat sich dann zu Beginn darauf beschränkt, elektronische Datenträger sicherzustellen, also zu suchen und sicherzustellen, gemeinsam mit IKT-Bediensteten, Sachverständigen, die nicht zu der EGS gehört haben.

Um 13 Uhr in etwa ist dann ein neuerlicher Auftrag gekommen, nachdem sie mit dem ersten Teil, den elektronischen Datenträgern, abgeschlossen hatten, die Bediensteten der EGS, über Rückfrage, dass sämtliche Zettel auf möglichen Mailverkehr in ausgedruckter Form mit einem Mitbeschuldigten – so ist es mir in Erinnerung – neuerlich zu durchsuchen sind.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Wurden Daten ausländischer Geheimdienste, insbesondere des deutschen Geheimdienstes, beschlagnahmt?

R. G., BA (BVT): Über die elektronische Datensicherung ist mir nichts bekannt, weil das ja nicht bei uns stattgefunden hat, wo ich einen Überblick habe, sondern ja zentral von den Serverdaten geladen wurde oder gesichert wurde. Und ansonsten kann ich da nur auf das Sicherstellungsprotokoll verweisen, das mir nicht bekannt ist.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Haben Sie Wahrnehmungen dazu, wie mit beschlagnahmten Daten umgegangen wurde?

R. G., BA (BVT): Nachdem die Sicherstellung durchgeführt wurde - - Das, was mir in Erinnerung war, waren die Papierzettel, die eben sichergestellt wurden. Die wurden im Anschluss im Besprechungsraum, wo eben in der Früh diese Besprechung stattgefunden hat – das war so gegen 17 Uhr –, durchnummieriert und in das Sicherstellungsprotokoll eben die Seitenanzahl übertragen, beziehungsweise wurden die Datenträger in Form von CDs oder Mobiltelefonen et cetera auf einem Sicherstellungsprotokoll notiert, wobei bei Falldaten besonders darauf hingewiesen wurde, dass die Beweismittel in gegenständlichen Verfahren unseres Referates sind. Also das ist mir in Erinnerung. Da ist konkret vermerkt worden, dass es Beweismittel in anderen Verfahren sind, das wurde meines Wissens auch auf dem Sicherstellungsprotokoll so vermerkt.

Über den konkreten Abtransport - - oder weitere Übergaben oder Beaufsichtigungen dieser Datenträger nach Verlassen dieses Besprechungsraums sind mir nicht bekannt.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Wurden Daten und Dokumente entsprechend ihrer Geheimhaltungsstufe oder Klassifizierung behandelt, Ihrer Wahrnehmung nach?

R. G., BA (BVT): Also allein dem Umstand nach, dass es im Büro der Referatsleiterin ist und sie natürlich im Besitz von klassifizierten Informationen ist, berechtigterweise ist natürlich, und die Durchsuchung sich natürlich auf sämtliche Örtlichkeiten in dem Referat bezogen hat, ist es sogar

mit Sicherheit anzunehmen, dass klassifizierte Informationen darunter waren – ob jetzt welche sichergestellt wurden, kann ich natürlich nicht sagen.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Von wem wurde das Büro von Frau S. G. (BVT) durchsucht?

R. G., BA (BVT): Meiner Erinnerung nach war es die Gruppe des Herrn G. S. (EGS) der EGS; ich habe mir den Namen damals als zuständigen Ansprechpartner für die Hausdurchsuchung im Büro notiert.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Ganz konkret gefragt: Waren unter den von den EGS-Beamten gesicherten Unterlagen auch Unterlagen betreffend Rechtsextremismus?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, ich kenne die konkreten Inhalte der Zettel, die sichergestellt wurden, nicht; und ich kenne auch nicht das Sicherstellungsprotokoll per se als Inhalt, kann ... keine Angaben dazu machen.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Daher können Sie mir wahrscheinlich auch nicht sagen, welche Unterlagen betreffend Rechtsextremismus beschlagnahmt worden sind?

R. G., BA (BVT): Nein.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Das können Sie nicht sagen. – Gut, dann beende ich meine Erstbefragung. – Danke schön.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Vielen Dank, Herr Verfahrensrichter.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Redezeitvereinbarung ist Ihnen bekannt. Im Sinne der Redeordnung erteile ich Frau Abgeordneter Lueger das Wort.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Herr Oberst R. G. (BVT), recht herzlichen Dank, dass Sie uns heute als Auskunftsperson hier zur Verfügung stehen, auch mit allen, sagen wir einmal, Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Der Herr Verfahrensrichter hat ja schon einige grundlegende Fragen gestellt, ich werde aber bei manchen Dingen noch nachfragen und auch noch zusätzliche Fragen stellen.

Seit wann arbeiten Sie im BVT?

R. G., BA (BVT): Erstmalig war ich im BVT 2010 bis 2014, war dann zwei Jahre lang in der LPD Wien, nach Ausbildung des Offizierslehrgangs, und seit September 2016 bin ich jetzt als operativer Leiter quasi in der Funktion, in der ich jetzt bin, im Referat Extremismus.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Sie haben zuerst in Ihrer Beantwortung gesagt, Sie sind der operative Leiter der Abteilung 2.1 im Extremismusreferat. Ihre Chefin ist Frau S. G. (BVT). Haben Sie Ihr Büro unmittelbar bei dem Büro von S. G. (BVT)?

R. G., BA (BVT): Ich war, kann man sagen, den größten Teil des Tages im direkten Nahebereich des Büros, ja. Zu Beginn, sage ich einmal, die erste halbe Stunde, war es nicht möglich, aufgrund der Verständigung des Abteilungsleiters beziehungsweise zur Besänftigung der Situation im Besprechungsraum mit den sichernden Kräften, allerdings ab dem Zeitpunkt halb zehn, sage ich einmal, bis Dienstende, so gegen 17 Uhr, war ich eigentlich größtenteils beim Büro beziehungsweise im näheren Umfeld des Büros.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Können Sie auch von zu Hause aus arbeiten?

R. G., BA (BVT): Können? Also wir haben die Möglichkeit - -

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Haben Sie einen Laptop, um von zu Hause aus zu arbeiten?

R. G., BA (BVT): Ja. Also ich habe einen dienstlichen Laptop zugewiesen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Und da haben Sie Zugriff auf alle Daten, die Sie auch im Büro haben?

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Auch zu Edis?

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Dann kommen wir zum Tag der Hausdurchsuchung, dem 28.2.. Sie waren anwesend. Sie haben gesagt, Sie sind gemeinsam bei Ihrer morgendlichen Besprechung gesessen und sind dann dort dadurch konfrontiert worden, dass dieser Beamte hereingekommen ist, dass eine Hausdurchsuchung ist. Habe ich das so richtig verstanden?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, der EGS-Beamte W. R. (EGS) hat gesagt, ich brauche die Frau S. G. (BVT), S. G. (BVT), und im Anschluss, auf ihre Rückfrage: Haben wir eine HD?, hat er das bestätigt, und dann wurde im Endeffekt - - Ich bin dann zu der Tür gegangen, habe mich natürlich informiert. Die S. G. (BVT) ist mit den Beamten zu ihrem Büro gegangen, und dann habe ich natürlich rückgefragt. Allerdings wurde mir auf diese Rückfrage nicht wirklich eine kompetente Antwort in meinen Augen gegeben. Allerdings hat sich das im Laufe des Tages für mich auch insofern aufgeklärt, weil die Beamten, die dort für die Sicherheit sorgten, keine Kenntnis des Aktes gehabt haben. Das hat sich über den Tagesverlauf immer mehr bestätigt und verfestigt.

Die einzigen Personen, die in meinen Augen dort Kenntnis gehabt haben über einen Auftrag oder über Namen von Betroffenen, waren Herr W.K. (EGS), Herr W. R. (EGS) und vom Tagesverlauf her gesehen Herr G. S. (EGS), weil er als Gruppenführer oder als Gruppenkommandant für die HD dann letzten Endes zuständig war; aber das war zu Beginn, sage ich einmal, nicht so eindeutig klar. Das war natürlich dann auch aufgrund der Rückfragen der Kollegen: Warum können wir uns jetzt nicht frei bewegen? Liegt gegen uns etwas vor? – Das konnte uns nicht beantwortet werden. Das hat natürlich zu einer angespannten Situation geführt. Man kann sich vorstellen, auf beiden Seiten Polizisten, welche rechtliche Grundlage, wie auch immer das dann - - Allerdings, es war nicht handgreiflich, nicht beschimpfend, man spürte allerdings in der Luft, dass es sehr wohl eine angespannte Situation war, was sich in den ersten 10 Minuten dann aber gelegt hat, und über den Tagesverlauf her war es dann kein Problem.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Wie hat sich Herr W. R. (EGS) bei Ihnen vorgestellt? Hat er gesagt, dass er von der EGS-Einsatztruppe ist? Haben Sie das gewusst oder haben Sie ihn gekannt?

R. G., BA (BVT): Ich habe ihn bis zu diesem Zeitpunkt nicht gekannt. Ich kenne ihn auch jetzt nicht, sage ich einmal. Das war einzig und allein die paar Male, die ich ihn dort gesehen habe. Es ist dann im Tagesverlauf für mich klargeworden, dass er schon einmal im BVT Dienst gehabt hat, weil Kollegen, die eben auch bei der Morgenbesprechung beziehungsweise im Laufe des Tages im Referat waren, gesagt haben: Ja, der ist früher einmal im Nachbarreferat gewesen. (Abg. *Lueger: Mhm!*) Aber mir persönlich war er nicht bekannt, ist er auch heute nicht bekannt, bis auf diesen einen Tag, wo ich ihn eben mehrmals im Gangbereich unseres Referats angetroffen habe.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Sie haben zuerst in der Beantwortung gesagt, Sie sind mit den Bediensteten im Besprechungszimmer geblieben, Frau S. G. (BVT) ist dann weggegangen. Wie viele Leute waren Sie dort?

R. G., BA (BVT): In der Regel so in etwa zehn, ich glaube, zehn, zwölf Bedienstete. Also da sitzen immer von jeder Gruppe, sage ich einmal, die wir im Referat haben, die verantwortlichen Gruppenführer oder eben Stellvertreter, die an diesem Tag Dienst haben. Und da werden eben tagesaktuelle Geschehnisse, Aufträge, je nachdem, besprochen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Als Frau S. G. (BVT) dann weggegangen ist und Sie dann drübengeblieben sind mit denen, was haben Sie dort dann weiter getan? Haben Sie normal Ihre Morgenbesprechung fortgesetzt – was ich mir nicht wirklich vorstellen kann?

R. G., BA (BVT): Es hat aufgrund des Ereignisses keine Morgenbesprechung stattgefunden.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Und was haben Sie dann getan?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, unmittelbar eben einmal die Klärung mit den betroffenen Bediensteten der EGS: Um was geht es jetzt konkret? Ab dem Zeitpunkt, wo die Freigabe war, dass sich jeder wieder frei bewegen kann, ist es so gewesen, dass die Mitarbeiter in ihre Büros gegangen sind. Ich war dann letzten Endes bei Frau S. G. (BVT) im Büro anwesend, bis die Hausdurchsuchung begonnen hat. Parallel dazu hat es seitens unseres Rechtsreferates in der Abteilung 1 eben „Besuch“ – unter Anführungsstrichen – gegeben, die sich natürlich auch über die Situation vor Ort informiert haben.

Insbesondere, was mir in Erinnerung ist, war es so, dass Frau S. G. (BVT), also meine Chefin, da als Einzige eine schriftliche Anordnung ausgehändigt bekommen hatte und die Referentin, die eben als Erste vor Ort war, zuvor bereits bei der IKT-Abteilung war oder im -Referat, das ist bei uns genau ein Stockwerk tiefer, und eben über den Abteilungsleiter, den ich informiert habe, der gewusst hat, bei der S. G. (BVT) gibt es eine Anordnung - - und unten eben gewesen ist, als Vertrauensperson beigezogen, ist eben die Kollegin oder Referentin vom Rechtsreferat zu uns gekommen, um eben einmal diese Anordnung auch zu lesen.

Dann in weiterer Folge sind noch zwei Bedienstete, im Laufe der, sage ich einmal, nächsten Viertel-, halben Stunde, vom Rechtsreferat hinzugestoßen. Und dann waren eben drei Juristen vor Ort, die sich dann mit der gesamten Situation einmal - - in Gesprächen mit der Staatsanwältin dann versucht haben, einige Dinge zu klären – allerdings meines Wissens vergeblich.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): War das im BVT Ihre erste Hausdurchsuchung, die Sie miterlebt haben?

R. G., BA (BVT): Sie meinen jetzt eine Durchsuchung, die nicht vom BVT durchgeführt wurde, sondern im BVT?

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Die im BVT stattgefunden hat.

R. G., BA (BVT): Also ich habe diese als einzige wahrgenommen bis dato. Andere, weiß man jetzt natürlich, allerdings mir persönlich - -

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Sie kennen nur diese?

R. G., BA (BVT): Genau.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Okay. Laut der Befragung der Auskunftsperson G. S. (EGS) haben Sie Frau S. G. (BVT) dann auch im Zuge der Hausdurchsuchung vertreten, das heißt, Sie waren ihre Vertrauensperson. Sehen Sie das auch so?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, ich habe es jetzt das erste Mal in den Medien gelesen, dass ich offiziell - - oder zumindest als Vertrauensperson genannt wurde. Allerdings kann man das natürlich, ich sage einmal, wenn ich dort Eingesetzter vor Ort bin und ich der Ansprechpartner fürs Referat an diesem Tag für die einschreitenden Kräfte war und auch bei der Durchsuchung, sage ich einmal, anwesend war, kann man das durchaus so sagen, dass ich als Vertrauensperson anwesend gewesen bin, ja.

Aber mir war es nicht offiziell bewusst (*Abg. Lueger: Okay! Ja!*), dass ich den Status der Vertrauensperson vor Ort jetzt innehabe. Wenn es so ist, ja, dann habe ich auch nichts dagegen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Das heißt, Frau S. G. (BVT) ist auch nicht auf Sie wirklich zugegangen und hat Sie gebeten, währenddessen sie da jetzt einmal weg war, Kaffee holen, WC gehen, dass Sie als Vertrauensperson dann auch dort bleiben?

R. G., BA (BVT): Oja, ich habe mich natürlich gekümmert, dass permanent ein Beamter von uns, wenn ich es selbst nicht war, vor Ort ist bei der Durchsuchung. Ich meine, das Büro - - so groß ist es nicht, dass man dort mit mehreren Beamten zeitgleich drinnen ist, aber zumindest im Türbereich mit Blick in das Büro, dass man das im Auge hat.

Mir war es wichtig, dass keine Fotodokumentation mit Handys von eingesetzten Kräften während des Einsatzes passiert. Diesen Auftrag habe ich meiner Erinnerung nach gegeben, als es dann geheißen hat, okay, es ist jeder Zettel einzeln zu durchsuchen. Es war dann gegen 13 Uhr, da habe ich dann konkret an einen Mitarbeiter den Auftrag gegeben, dass man im Auge behält, dass nicht irgendwo Kopien angefertigt werden, die dann letzten Endes nicht in einem Protokoll aufscheinen. Allerdings war da keine Verdachtslage, sondern lediglich nur, um jetzt wirklich konkret zu sagen, wenn die wirklich jeden Stoß ganz genau durchschauen, dass da nichts passiert.

Es hat auch nicht den Anschein gegeben, dass da irgendwelche Daten oder Zettel mitgenommen worden wären. Wie gesagt, das ist seitens der eingesetzten Kräfte, was mein Eindruck vor Ort war, wirklich bei jeder kleinsten Kleinigkeit rückgefragt worden, ob sie das jetzt mitnehmen sollen oder ob sie das jetzt nicht mitnehmen sollen, weil sie eben über den Inhalt, über den Akteninhalt nichts wussten. Das ist mir wirklich im Laufe des Tages sehr klar geworden (Abg. **Lueger: Mhm! Okay!**), zumindest diese Gruppe, von der ich sagen kann, die die Durchsuchung in dem Büro durchgeführt hat. Für andere Personen kann ich nicht sprechen. Ich kann Ihnen nur davon berichten, was jetzt wirklich direkt in dem Büro war.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Bleiben wir im Büro bei S. G. (BVT)! Wie viele Beamte waren da während dieser Untersuchung drinnen?

R. G., BA (BVT): Zu Beginn waren es natürlich mehr, weil eben während des Zeitraums der Sicherheit herstellen, sage ich einmal, waren vorne im Gangbereich beziehungsweise bei mehreren Türen entlang des Ganges bis zum Büro und im Büro dann selbst, sage ich einmal, waren es an die sechs, sieben Beamte. Und während der Durchsuchung waren es meiner Erinnerung nach drei, vier. Ich glaube, vier werden es schon die meiste Zeit gewesen sein.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Was haben Sie für einen Eindruck gehabt? Wie sind die vorgegangen? Was war deren Auftrag zu suchen?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, es hat einmal sehr lange gedauert, bis einmal begonnen wurde mit der Durchsuchung. (Abg. **Lueger: Mhm!**) Dann, als die Durchsuchung quasi nach den elektronischen Datenträgern, die ja, sage ich einmal, größtenteils ohnehin bereits am Tisch gelegen sind, sprich jetzt Mobiltelefone oder USB-Sticks, sage ich einmal, im täglichen Gebrauch - - wurden ja bereits vorgelegt. Die sind auch schon bereits am Tisch gelegen, als ich das erste Mal das Büro von der Referatsleiterin im Zuge der HD betreten habe, bereits am Tisch gelegen, und man hat eben zugewartet, bis jetzt das wirkliche Go kommt und die Datensicherer quasi beginnen. Die Sicherstellung dieser IKT hat dann im Endeffekt, weiß ich nicht, ich glaube, Finanzpolizei, Steuerfahndung, wie man es jetzt richtig ausdrückt - - haben dann quasi diese Datensicherung gemacht.

Vorgestellt hat sich bei mir in dem Sinn keiner, aber sie haben eben von der Finanz die Mappen gehabt, somit war es ersichtlich. Und die EGS hat gesagt, dass da die Steuerfahndung beziehungsweise Finanzpolizei dabei ist. Die haben die Datensicherung gemacht, also die elektronischen Datenträger. Da war dann einmal diese Diskussion mit diesen Cop-Kids-CDs, ob die jetzt tatsächlich sichergestellt werden sollen, und da war eine Rückfrage. Allerdings ist dann die Entscheidung gefallen, ja, ist sicherzustellen. Sämtliche Datenträger, die sich im Büro befinden, sind sicherzustellen. Und, wie gesagt, es ist sichergestellt worden.

Die Sicherstellung in dem Sinne: Die EGS hat natürlich nach Datenträgern gesucht, die haben sie hingestellt und nachher sind die gekommen und haben das quasi sukzessive in ein Protokoll aufgenommen und versucht, eben das Handy zu sichern.

Da haben sie meiner Erinnerung nach versucht, während der HD die Daten des Handys zu sichern, um es wieder ausfolgen zu können, dass quasi keine Einschränkung passiert. Das hat aber nicht funktioniert, das ist mir noch in Erinnerung, aber den genauen Zeitpunkt, wann das jetzt - - Ich glaube, dieses Programm der Sicherung ist über längere Zeit gerannt, und letzten Endes hat man sich dazu entschlossen, dass man es trotzdem mitzunehmen muss, weil es eben nicht funktioniert hat.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Also, wie man sich dann entschlossen hat, CDs, DVDs, die beiden Handys und letztendlich auch ihren Stand-PC mitzunehmen, weil das nicht funktioniert hat mit dem Auslesen: die hat man dann vor die Tür gestellt und zusammengesammelt, damit man das irgendwie schon alles im Blickfeld hat, oder sind die dann im Büro geblieben?

R. G., BA (BVT): Wo oder wie sie ganz genau gestanden sind weiß ich nicht. Ich weiß, dass sie quasi in einen Karton eingeschlichtet worden sind, Stück für Stück, nachdem sie es protokollarisch festgehalten haben, handschriftlich auf einem, sage ich einmal, Sicherstellungsprotokoll. Wo sie dann hinverbracht worden sind und zu welchem Zeitpunkt genau, sage ich einmal, das habe ich nicht begleitet. Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Vormittags sind noch einmal relativ spät, so wie Sie auch selbst gesagt haben, dass die HD - - Es war immer eine sehr lange Wartezeit zwischen der Sicherung und der eigentlichen Durchsuchung, und es ist dann circa um 13 Uhr noch einmal die Anweisung gekommen. Und da hätte mich interessiert: Wer hat diese Anweisung bekommen? Wie ist die gekommen – dass man alle Mails, alle ausgedruckten Zettel, wo vielleicht auch die Verbindung, wo der Name Zöhrer aufscheint, heraussuchen soll?

R. G., BA (BVT): Eigentlich war es so, dass, wie gesagt, die HD prinzipiell nicht lange gedauert hätte, die Durchsuchung nach den elektronischen Gegenständen war eigentlich relativ schnell abgeschlossen. Die meisten sind am Tisch gelegen oder waren eh ersichtlich für die Durchsuchung. Weil die EGS dann eben selbst nicht die Sicherstellung durchführte, sondern warten musste – und die IKT-sicherstellenden Beamten waren ja sehr stark beschäftigt, sage ich einmal, in der IKT-Abteilung oder -Referat –, hat sich das natürlich verzögert, bis die nach oben gekommen sind, und es war sehr viel Wartezeit während der gesamten Hausdurchsuchung.

Um 11 Uhr wurde mit der Durchsuchung und dann Sicherstellung begonnen, dann waren sie eigentlich fertig und haben auf weitere Aufträge gewartet. Da hat aber im Endeffekt nichts stattgefunden. Das heißt, das war eine Wartesituation, da war gar keiner im Büro drinnen, das hat sich eher am Gang abgespielt. Man hat dann, sage ich einmal, miteinander gesprochen. Ich weiß auch noch - - kann zwar jetzt keinen konkreten Zeitpunkt sagen, allerdings haben sich die EGS-Mitarbeiter im Laufe der Hausdurchsuchung ihrer Schutzwesten entledigt, die haben sie bei mir im Büro quasi abgelegt gehabt, weil es eben einen längeren Zeitraum gedauert hat.

Eigentlich waren sie in der Annahme, es ist jetzt vorbei und sie haben gewartet: Wann können wir jetzt fahren? Das war mein Eindruck zu dem Zeitpunkt. Wie dann der Auftrag gekommen ist, meiner Erinnerung nach - - oder es ist für mich nur logisch, dass der G. S. (EGS) über Funk, den ja wir nicht mitgehört haben, denn sie haben alle die Garnituren - - oder war es per Handy, das kann ich jetzt nicht sagen, jedenfalls über Rückfrage, ob es noch weitere Aufträge gibt oder ob sie fertig sind, ist dann der Auftrag gekommen – von wem kann ich nicht sagen, weil ich es konkret nicht wahrgenommen habe. Allerdings waren sie dann alle nicht gerade erfreut darüber, dass sie noch einmal alles durchsuchen müssen, nämlich nach Papierbeweismitteln.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Es hat in dem Auftrag offenbar geheißen, sie sollen das alles einmal grob durchschauen.

R. G., BA (BVT): Der Erstauftrag war elektronische Datenträger (*Abg. Lueger: Mhm!*), und der Zweitauftrag war meines Wissens, wobei ich ihn nicht direkt wahrgenommen habe, sondern lediglich das mitgekriegt habe, was er seinen Mitarbeitern gesagt hat, jetzt müssen wir noch einmal alles nach ausgedruckten Mails durchschauen, wo Beschuldigte draufstehen – ob jetzt konkret der Name Zöhrer oder andere Mitbeschuldigte; sie haben ohnehin bei sehr vielen Dokumenten dann rückgefragt – das ist meine Erinnerung –: Müssen wir das jetzt sicherstellen?

Dann haben sie es einmal sortiert und, wie gesagt, am Ende des Tages, das weiß ich noch, waren es, ich glaube, 397 Seiten. Das ist mir in Erinnerung geblieben, denn das war das Letzte, das ich im Besprechungsraum wahrgenommen habe, wie sie die Zettel durchnummierter haben. Das war, nachdem das Sicherstellungsprotokoll geschrieben war, auch gleichzeitig mein Dienstschluss und ich bin gegangen; aber das habe ich noch wahrgenommen, diese 397 Seiten.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Das heißt, Sie waren eigentlich bis zur Sicherstellung, bis das alles niedergeschrieben worden ist - -

R. G., BA (BVT): Bis die Sicherstellungsprotokolle geschrieben waren (*Abg. Lueger: Waren Sie auch noch anwesend!*), war ich vor Ort, dann bin ich gegangen. Da war aber die EGS noch anwesend. Sie haben quasi die Protokolle fertig gehabt, die S. G. (BVT) hat unterschrieben, hat quasi eine Ausfertigung von diesen Sicherstellungsprotokollen bekommen. Ich bin dann um 17 Uhr, wie ich es in Erinnerung habe, heimgegangen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): War eigentlich die Staatsanwältin die ganze Zeit anwesend?

R. G., BA (BVT)(den Kopf schüttelnd): Einmal um 9.20 Uhr in etwa, als sie S. G. (BVT) den Zeugenstatus bekanntgegeben hat und die Anordnung aushändigte. Den ganzen Tag darüber hinaus habe ich sie nicht mehr gesehen. Sie war genau einmal für vielleicht 5 Minuten im Büro und die restliche Zeit - - Wo sie war, kann ich nicht sagen, allerdings aber bei uns im Referat war sie nicht.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Dann hätte ich noch ganz gerne ein anderes Thema: Haben Sie Informationen dazu, dass es eine Anfrage des Generalsekretärs Goldgruber für den Nationalen Sicherheitsrat gegeben hat?

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Okay. Waren Sie in die Beantwortung dieser Fragen eingebunden?

R. G., BA (BVT): Also ich habe mündlich quasi die Information erhalten, dass, worauf Sie wahrscheinlich mit den verdeckten Ermittlern anspielen, eine konkrete Frage gestellt wurde. Allerdings war ich schriftlich in der Form nicht in die Bearbeitung, Abarbeitung oder Beantwortung dieser Anfrage eingebunden.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Hat es für Sie in der Vergangenheit Reibereien gegeben mit der FPÖ, mit dem Extremismusreferat?

R. G., BA (BVT): Wie meinen Sie „Reibereien“?

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Dass es da schon einmal zu Untersuchungen oder mal so scharfen Anreden gekommen ist, dass man ein bisschen aufpassen sollte. Ist Ihnen da irgendetwas untergekommen?

R. G., BA (BVT): Also - -

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Ist Ihnen persönlich etwas aufgefallen, dass man da speziell nachgefragt hätte, gerade im Rechtsextremismusbereich, und dass da auch zu einer Partei Kontakte da sind?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, konkret diese eine Anfrage nach dem Einsatzbereich von verdeckten Ermittlern – das ist natürlich, sage ich einmal, für den operativen Bereich immer kritisch. Solche Fragen, sage ich einmal, kann man eigentlich in der Verantwortung nicht beantworten, egal, wem gegenüber, weil eigentlich nicht einmal wir als operative Leiter Identitäten von verdeckten Ermittlern kennen. (Abg. **Lueger**: *Mhm!*) Das ist eigentlich eine strikte Trennung und das ist ja nur schädlich, sage ich einmal, jedem, der so eine Information tatsächlich erhält.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Abschließend noch eine letzte Frage: Wäre es Ihnen wichtig, dass Sie uns in Bezug auf die HD, auf die Hausdurchsuchung noch irgendetwas mitteilen, was Ihnen besonders aufgefallen ist?

R. G., BA (BVT) (nach einer längeren Pause): Nein. Wenn noch weitere Fragen sind, vielleicht, dass noch etwas kommt, aber jetzt von mir aus, nein.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Danke fürs Erste. (Auskunfts person **R. G. (BVT): Bitte!**)

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Danke, Herr Oberst, dass Sie die Bereitschaft an den Tag gelegt haben, heute hier auszusagen. Ich schließe gleich direkt an die aufgeworfene Thematik der Einflussnahme an: Kommt es im BVT regelmäßig vor, oder kam es vor, dass vonseiten eines Kabinetts des Innenministeriums direkt auf das BVT zugegriffen wird, unter Umgehung der Leitung des BVT oder einzelner Abteilungsleiter?

R. G., BA (BVT): Also an mich konkret habe ich keine Wahrnehmung – an mich jetzt? Sie meinen konkret, ob auf mich zugegriffen wurde seitens - -

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Generell, ob es üblich ist, dass das Kabinett direkt auf eine Abteilung oder ein Referat des BVT zugreift?

R. G., BA (BVT): Also ein Kabinett eher nicht – wenn, dann geht es über die Generaldirektion. Wie gesagt, es ist sehr häufig der Fall, dass bei Mailverteilern – sage ich einmal - - Es geht ja oft um parlamentarische Anfragen, die sich vermischen mit anderen Aufgabenbereichen oder Informationen für Minister und so weiter. Da sind dann mehrere Personen in einem E-Mail-Verteiler drinnen. Allerdings geht es dann auch immer an die zuständige Stelle.

Aber dass jetzt direkt zugegriffen wird auf einzelne Mitarbeiter oder Referate, dazu habe ich jetzt keine Wahrnehmung, zumindest kann ich es für mich jetzt nicht bestätigen.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): War das im Vorfeld des Nationalen Sicherheitsrates so? Oder ging das quasi die hierarchische Linie bis ins Referat?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt: Die konkrete Linie, wie das stattgefunden hat, ist mir nicht bekannt, also vor allem nicht, wie es konkret ins Haus gekommen ist. Wie gesagt, aus den Medien hört man viel. Ob das allerdings jetzt tatsächlich so war? – Ich war da nicht eingebunden und somit habe ich nicht eine direkte Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Auf Mitarbeiter Ihres Referats wurde also direkt nie zugegriffen.

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, das kann ich so - - Also mir wäre es nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Okay. Aber Sie haben – glaube ich – gesagt, Sie haben mitbekommen, dass es einen Auftrag aus dem Kabinett gab betreffend die Vorbereitung des Nationalen Sicherheitsrates?

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Davon war ja gerade vorher die Rede.

R. G., BA (BVT): Genau, ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Wie ist der Auftrag ins Referat gekommen? –Mündlich, schriftlich oder - -

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, konkret weiß ich es nicht. Mir hat es konkret die Referatsleiterin erzählt.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Erzählt. – Aber Sie haben nie etwas schriftlich gesehen darüber?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt: Das ist im Jänner gewesen, meiner Erinnerung nach am 29. Jänner. Ich weiß, dass es eine Anfrage konkret zum Nationalen Sicherheitsrat gegeben hat. Aber die konkrete Fragestellung, die ja ohnehin schon im Ausschuss dauernd diskutiert worden ist, kann ich nicht beantworten, weil ich nicht dabei war.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Die wurde viel diskutiert.

Ist es üblich, dass solche Anfragen nicht schriftlicher Natur sind?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, ich kenne diese Anfrage nicht und - -

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Nein, generell. Wie kommen solche Anfragen in Vorbereitung? (Abg. Pilz: Zur Geschäftsbehandlung!) Wie kommen solche Anfragen generell ins Extremismusreferat, wenn die Anfrage von diesem Referat zu beantworten wäre?

R. G., BA (BVT): Ich sage einmal, wenn man den Dienstweg einhält, kommt es vom Abteilungsleiter. Dass das aber natürlich in Einzelfällen aufgrund von Dringlichkeit, Abwesenheiten und so weiter manchmal auch anders ist, ist mir auch bewusst.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Abgeordneter Pilz zur Geschäftsordnung, bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT) (zur Geschäftsbehandlung): Ja, ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Vorhalt möglicherweise nicht richtig war. Die Frage hat gelautet: Ist es üblich, dass nicht schriftlich sondern mündlich - -, aber es ist in all diesen Fällen ein schriftliches Ersuchen an die Leiterin des Extremismusreferats ergangen.

Da kann man nicht sagen, ist es üblich, dass mündlich, wenn es schriftlich war. Es war die Behauptung inkludiert, es wäre ein mündliches Ersuchen gewesen. Ich wollte nur drauf hinweisen, damit kein falscher Eindruck entsteht.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Abgeordneter Ries, bitte.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Ich halte kurz fest, dass die Verschriftlichung erst im BVT geschehen ist, soweit ich weiß.

R. G., BA (BVT): Ist auch meine - -

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Deswegen war es so lange Thema bei einer vorangegangenen Befragung.

Haben Sie persönlich Wahrnehmungen, dass jemals jemand aus dem Kabinett auf die Ermittlungen in einem Fall des Extremismusreferats persönlich Einfluss genommen hat oder Einfluss zu nehmen versuchte?

R. G., BA (BVT): Nein. Also von mir aus jetzt: Nein.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Herr Oberst R. G. (BVT), wie viele Mitarbeiter umfasst das Extremismusreferat circa?

R. G., BA (BVT): Aktuell 37.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): 37. – Welchen Aufgabenbereich verantworten Sie als Person konkret?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, die Leitung unserer operativen Fälle. Wir haben sehr viele Fälle im Referat nach unterschiedlichen Rechtsmaterien, sei es jetzt nach strafprozessualem oder polizeilichem Staatsschutzgesetz oder auch nach dem SPG und darüber eben verschiedene Phänomenbereiche, wie ich eh schon eingangs gesagt habe – insbesondere Staatsverweigerer, die einen überwiegenden Anteil meiner Tätigkeit, sage ich einmal, in den letzten Jahren in Anspruch genommen haben. Das ist ein neues Phänomen. Das aktuelle Verfahren, das gerade in Graz stattfindet, ist, glaube ich, auch bekannt. Das hat genau zu dem Zeitpunkt begonnen, wo ich eben meine Tätigkeit im Extremismusreferat aufgenommen habe. Parallel dazu gibt es Fälle von Rechtsextremismus, Linksextremismus, ebenfalls unterschiedlicher Rechtsmaterien, und wie gesagt, mehrere Kriminalbeamtengruppen, die quasi - -

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Was ist der direkte Aufgabenbereich der Frau Referatsleiterin S. G. (BVT) im Gegensatz zu Ihrem und wo gibt es Überschneidungen in der Tätigkeit?

R. G., BA (BVT): Ja, ich nehme im Endeffekt auch ihre Vertretung wahr in ihrer Abwesenheit. Ich sage einmal, es deckt sich wahrscheinlich sehr vieles, vom Aufgabenbereich her. Wo ich eher weniger eingebunden bin in meiner täglichen Aufgabenerfüllung sind eben die Beantwortung parlamentarischer Anfragen beziehungsweise Analysetätigkeiten, die ja trotz allem auch fallbegleitend bei uns sind, obwohl es vor eineinhalb Jahren eine Organisations- und Geschäftseinteilungsänderung gegeben hat, damit das quasi ausgelagert ist. Mit Statistiken und so weiter, mit denen bin ich eher weniger befasst, sondern mit der konkreten Ermittlungs- und Fallführung.

Für die Referatsleiterin ist es so, dass sie natürlich beide Bereiche gesamt macht, ich eher, sage ich einmal, den operativen Teil, allerdings natürlich immer in Abstimmung.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Hat sich an Ihrem Aufgabenbereich beziehungsweise an Ihren Aufträgen nach dem Ministerwechsel 2017 für Sie persönlich etwas geändert?

R. G., BA (BVT): Am Aufgabenbereich hat sich nichts geändert.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Bei den Aufträgen: Merken Sie da jetzt eine Änderung?

R. G., BA (BVT): Seitens des Ministers? – Nein, ehrlich gesagt; es gibt genug im Tagesgeschäft, sage ich einmal. Natürlich ist das aktuell laufende Reformvorhaben etwas, was natürlich, sage ich einmal, die tägliche Arbeit beeinflusst, allerdings nicht in der Aufgabenerfüllung, die wir aufgrund unserer Stellung von der Organisation her auszuführen haben.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Haben Sie Wahrnehmungen - - Mich interessiert Ihre Einschätzung dazu, ob die Referatsleiterin S. G. (BVT) in irgendeiner Form durch den jetzigen Minister eingeschränkt wird.

R. G., BA (BVT): Ich meine, ich kann ein konkretes Beispiel nennen, wo es natürlich so ist. Das ist allerdings meines Wissens im Ausschuss auch bereits thematisiert worden. Das war eben das, wo ich für - - also wo quasi Frau S. G. (BVT) nicht zu der LVT-Leiter-Tagung fahren durfte über Weisung der Generaldirektorin und ich quasi statt ihr diesen Part übernehmen musste. Das war – ich weiß es konkret – am 6. April. Das war genau am Freitagmittag, wo sie mir das mitgeteilt hat, dass ich am Montag bei dieser Tagung teilnehmen muss. Die Vorbereitungen über den Freitagnachmittag, am Montag dann die Tagung in Tirol über zwei Tage sind mir dann natürlich in Erinnerung geblieben, weil es für mich auch direkt Auswirkungen gehabt hat.

Ebenso im selben zeitlichen Konnex war es so, dass quasi mit der Leitung der Abteilung 2, die ja zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchung C. M. (BVT) quasi in der Form des stellvertretenden Abteilungsleiters wahrgenommen hat, eben J. T. (BVT), der damalige Leiter des Terrorismusreferats oder Referats 2.2 im BVT, betraut wurde. In der Stellvertretungsregelung dieser, die intern quasi festgelegt wurde, ist sie nicht quasi als Dienstälteste in der Vertretungsrolle, die sie bis dato ausgeübt hätte, eingeteilt worden, sondern eben C. M. (BVT). Das war für sie, wie sie es mir gegenüber geäußert hat, quasi die nächste Keule, weil sie eben keine Abteilungsleitungsfunktion ausüben darf oder eben dem wesentlich jüngeren Beamten, dem C. M. (BVT), nachgereiht ist.

Das sind eben diese Wahrnehmungen, die ich gehabt habe – direkt natürlich in persönlichen Gesprächen, allerdings auch direkt als Betroffener, weil sie nicht fahren durfte, weshalb ich dann quasi die Rolle bei dieser Tagung eingenommen habe.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Meine Frage hätte sich eher – aber danke für die Auskunft – danach gerichtet, ob sie bei der Bearbeitung von Geschäftsstücken irgendeine Einschränkung erfährt, das heißt beim Tagesgeschäft, sage ich jetzt einmal, in den Ermittlungen, die sie vornimmt. (Abg. **Krainer:** *Die Teilnahme an einer Tagung ist nicht Tagesgeschäft?* – Abg. **Jenewein:** *Zur Geschäftsordnung!*)

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Abgeordneter Jenewein zur Geschäftsordnung. – Bitte.

Abgeordneter Hans-Jörg Jenewein, MA (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich ersuche den Vorsitzenden, darauf zu achten, dass die Fragesteller in Ruhe ihre Frage stellen können und dass nicht permanent Zwiegespräche herauskommen. Das kann nicht Sinn der Sache sein, ist auch von der Verfahrensordnung nicht geregelt. (Abg. **Krainer:** *Mimimimimi!*)

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zur Kenntnis genommen. Ich beziehe das aber dann auch auf Zwischenrufe von Ihnen.

Abgeordneter Hans-Jörg Jenewein, MA (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich ersuche auch, dass irgendwelche Wortmeldungen, die vielleicht lustig sein sollten, von der Seite abgestellt werden.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Abgeordneter Ries, bitte.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Ich halte hier fest, dass LVT-Leiter-Tagungen nicht täglich stattfinden, also schwerlich ein Tagesgeschäft sein können. Wird Frau S. G. (BVT) bei ihren Ermittlungen irgendwie eingeschränkt?

R. G., BA (BVT): Ja, ich sage einmal, es ist so, dass wir natürlich permanent um Personal ringen. Ich sage einmal, das ist ein Riesenthema, aufgrund der operativen Fallführung, die wir ja in unserem Referat haben, und eben auch dieser Staatsverweigererszene als neuem Phänomen, das zu bearbeiten ist, das aber, sage ich einmal, organisatorisch ja nicht abgebildet ist. Das ist eben neu entstanden und wir haben halt diese Aufgabe dazugekriegt. Das ist natürlich immer ein Kampf, war es allerdings auch schon vor dem Ministerwechsel. Wie gesagt, Nachbesetzungen und so weiter sind natürlich immer Anlässe, wo man sagt: Warum wird das jetzt nicht vorgezogen? Ich sehe keinen Hinderungsgrund mehr, warum die Besetzungen nicht bereits erfolgt sind, obwohl alle Stellungnahmen fristgerecht und so weiter - - Dann wird es Monat für Monat hinausgezögert, bis tatsächlich Besetzungen stattfinden. Wo die tatsächlichen Gründe dafür liegen, sage ich einmal, ist mir nicht bekannt, das ist mir aber jetzt, sage ich einmal, in meiner

doch mittlerweile 15-jährigen Laufbahn als Polizeibeamter auch nichts Neues, dass so etwas eben manches Mal nicht umgesetzt wird, obwohl keiner weiß, warum. Also - -

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Aber Aufträge, etwas nicht mehr zu machen, die gibt es nicht?

R. G., BA (BVT): Es gab einen konkreten Auftrag, das war eine Woche nach dieser LVT-Leiter-Tagung, wo man das, sage ich einmal, als mögliche Einschränkung sehen kann, dass quasi keine neuen StPO-Ermittlungsfälle ins BVT hereingezogen werden sollen. Das war eben konkret eine Maßnahme gegen das Referat 2.1. Das kann man so festmachen. Das hängt aber auch mit dem Personalnotstand zusammen, den wir ja mehr als deutlich kommuniziert haben – bereits seit Herbst 2017. Dann ist eben – das ist zeitlich eine Woche nach dieser LVT-Leiter-Tagung passiert – konkret der Auftrag gekommen, dass quasi eine Entscheidung getroffen wurde innerhalb des BVT, dass quasi lediglich koordinative und keine *neuen* StPO-Fälle, die dieses Problem quasi noch verschlimmern, ins BVT hereinzuführen sind.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Wissen Sie, wer diese Entscheidung getroffen hat oder diesen Auftrag erteilt hat?

R. G., BA (BVT): Die Entscheidung ist meines Wissens vom BVT-Management kommuniziert worden, also über den Abteilungsleiter 1.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Okay, also nicht vom - -

R. G., BA (BVT): Mir ist es deshalb in Erinnerung, weil uns – das war konkret eine Woche danach, sage ich einmal – während einer Tagung auf, sage ich einmal, Sachbearbeiterebene, wo wir konkret in der Planung und Umsetzung von operativen Maßnahmen gewesen sind, diese Richtungentscheidung, wie sie damals betitelt wurde, natürlich in der Planung massiv beeinträchtigt hat. Bei dieser Tagung waren auch sämtliche LVTs anwesend. Wenn wir natürlich nur mehr eine koordinierende Rolle einnehmen – was ja nicht heißt, dass wir diese Fälle nicht mehr durchführen, sondern lediglich eine andere Rolle in der Ermittlung anwenden –, hat das für die anwesenden LVTs natürlich auch Auswirkungen. Deswegen war es notwendig, das vor Ort dort zu klären.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Das heißt, es war eine Entscheidung der Leitung des BVTs, die Ressourcen im Haus anders zu verteilen?

R. G., BA (BVT): Nein, nicht die Ressourcen im Haus, sondern lediglich keine neuen StPO-Ermittlungsfälle in die Zentralstelle hineinzuziehen, wie gesagt. Da war für uns eben die Frage: Was versteht man unter neuen Ermittlungsfällen? Es gibt laufende Fälle, es gibt Fälle, die sind uns noch gar nicht bekannt. Heißt das jetzt für alle zukünftigen, sage ich einmal, Maßnahmen? Da bestand dann eben Klärungsbedarf. Das wurde dann so nicht bestätigt. Es war dann ein schwieriges Unterfangen, das quasi während dieser Tagung aufzuklären.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Kurz noch zwei Fragen: Wer übernimmt in Ihrem Referat die Öffentlichkeitsarbeit beziehungsweise wer ist befugt dazu?

R. G., BA (BVT): Es gibt von unserer Seite her meines Wissens keine Öffentlichkeitsarbeit.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Das übernimmt wer für Ihren Aufgabenbereich?

R. G., BA (BVT): Für das BVT gibt es einen eigenen Pressesprecher.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Okay. – Danke für diese Runde.

R. G., BA (BVT): Bitte.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sehr geehrter Herr Oberst, ich möchte gern zu diesen operativen Beschränkungen der Extremismusabteilung zurückkommen, von denen Sie jetzt gesprochen haben. Anscheinend sind diese Beschränkungen, neue StPO-Ermittlungsfälle

heranzuziehen, damit begründet worden, dass die Ressourcen nicht da sind. Könnten Sie mir die Ressourcen mehr ausführen, was da das Problem ist?

R. G., BA (BVT): Das ist eine längere Diskussion im Haus, welche Rolle eine Zentralstelle im Rahmen von operativen Fällen einnimmt. Ich habe eingangs schon gesagt, dass eben gerade die Ermittlungen im Bereich der Staatsverweigererszene, sage ich einmal, sehr personalintensiv waren. Wenn man sich vorstellt, dass das ein bundesweites Phänomen ist, wo wirklich alle Bundesländer und auch ausländische Partner, sage ich einmal, involviert sind in der Abarbeitung, ist es, sage ich einmal, logisch, dass es ein Problem auf Bundesebene ist.

Die Ermittlungsführung hat auch den Grund, sage ich einmal, dass sie ursprünglich von diesem einen konkreten Fall, den ich da anspreche, der jetzt in der Steiermark verhandelt wird, ausging. Die Steiermark, sage ich einmal, ist von mehreren Phänomenbereichen sehr stark betroffen, und das zuständige LVT dort hat im täglichen Dienstbetrieb ebenso mit Personalbedarf, sage ich einmal, zu kämpfen. Daher wurde die Entscheidung getroffen – circa ein halbes Jahr nach Beginn meiner Beschäftigung dort –, dass wir quasi die Ermittlungsführung zentral machen.

Allerdings – jetzt im Nachhinein betrachtet – hat sich diese personalintensive Abarbeitung des Ermittlungsfalls natürlich auch, sage ich einmal, auf die Referatsarbeit allgemein ausgewirkt. Alles, was man referatsintern umschichten kann und so weiter, ist natürlich das eine. Das andere ist allerdings, dass man ja organisatorisch darauf zu reagieren hat. Wenn ich keine Planstellen habe, die das abarbeiten, dann muss ich natürlich von anderen Phänomenbereichen die Leute abziehen, um das abzuarbeiten. Das ist eben dieser angesprochene Kampf, der immer zu führen ist, um das Personal. Das ist jetzt allerdings nicht nur bei uns so, sondern in mehreren Fällen. Allerdings muss man da im Auge haben, dass dieser Phänomenbereich neu war und Riesenressourcenaufwand nach sich gezogen hat, und - -

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Welcher Phänomenbereich? Die Staatsverweigerer?

R. G., BA (BVT): Die Staatsverweigerer, die eben bei uns im Referat angesiedelt sind; und das war eben neu, das im Zusammenhang mit dieser Ermittlungsführung und anderen Problemstellungen, die parallel dazu gekommen sind, wie beispielsweise auch die Hinweisbearbeitung bei der NS-Meldestelle, die ebenso bei der Personalproblematik ein Thema war. Das hat allerdings auch bereits im Herbst 2017 hausintern schon seit Längerem zu, wie soll man sagen, Problemstellungen geführt, weil eben Ermittlungen zentral geführt werden, die personalintensiv sind. Wie gesagt, das heißt ja nicht, dass die Ermittlungen nicht mehr geführt werden sollten, sondern lediglich durch die Landesämter geführt werden. Allerdings ist es schwer, das einem Landesamt so zu vermitteln, wenn es das Phänomen bundesweit betrifft und quasi Ressourcen für andere Bundesländer draufgehen.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ich habe jetzt noch Verständnisfragen, wenn ich darf. (*Auskunfts*person **R. G. (BVT):** Ja!) Zentralstelle heißt dann im BVT? (*Auskunfts*person **R. G. (BVT):** Genau ja, also im Ministerium - -!) Zentrale, verglichen mit den LVTs?

R. G., BA (BVT): Wir sind eine Zentralstelle, quasi direkt im Ministerium angesiedelt.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Und dass Sie im BVT die Ermittlungen führen, heißt, dass sie in die Zentralstelle eingespeist werden, was Sie vorhin gesagt haben. Dass neue StPO-Ermittlungsfälle ins BVT hineingezogen werden, heißt, dass sie aus den Ländern ans BVT gehen und vom BVT aus die Ermittlungen geführt werden?

R. G., BA (BVT): Na ja, ich versteh es so, dass, wenn Fälle auftauchen, Ermittlungen geführt werden, dass die Ermittlungsführung, wenn es jetzt drei, vier, mehrere Bundesländer betrifft und eine Bundeszuständigkeit herauswachsen kann - -, denn wir können ja die Ermittlungen auch delegieren oder die Ermittlungsführung abtreten. Wenn es allerdings wichtig ist, die Ermittlungsführung, sage ich einmal, zentral zu führen, dann haben wir die Kompetenz-

Kompetenz, dass wir die Ermittlungsführung in die Zentralstelle ziehen. Das war eben die Intention, das nicht mehr zu tun, eben aufgrund unseres Personalbedarfs, den wir in diesem Zusammenhang angemeldet haben.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Weil der Personalbedarf im BVT nicht gedeckt wurde und dadurch die Umsetzung nicht möglich war?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, das Personal ist in jeder Dienststelle der Bundespolizei ein Problem. Das muss man so offen und deutlich sagen. In meiner Laufbahn begleitet mich das Problem auf jeder Ebene, dass überall ums Personal gekämpft wird. Und natürlich geht das auf unterschiedlichen Ebenen und wegen unterschiedlicher Motivlagen und Schwerpunktsetzungen eben manchmal gut, manchmal schlecht.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ja, uns wäre ein Anliegen, dass das BVT und besonders die Extremismusabteilung effizient arbeiten können, und deswegen noch einmal meine Frage: Besteht der erhöhte Arbeitsbedarf erstens wegen der höheren Anzahl der Fälle der Staatsverweigerer und auch wegen der Arbeit, die sich aufgrund der Arbeit der NS-Meldestelle ergibt?

R. G., BA (BVT): Es geht jetzt nicht konkret um die -- Also die Bekämpfung der Staatsverweigererszene ist neu, das ist gänzlich neu hinzugekommen, und das hat es vorher in der Form nicht gegeben. Jetzt ist das natürlich aus referatsinternen Ressourcen -- Wir haben natürlich auch Unterstützung durch Dienstzuteilungen und so weiter erhalten, allerdings ist das eine lange Ermittlungsführung und die benötigt Personal, das wir aus anderen Bereichen im Referat abgezogen haben. Somit ist es nur ein logischer Schluss, dass für die anderen Bereiche weniger zur Verfügung steht, wenn ich einen neuen Phänomenbereich mitbearbeite.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie haben gemeint, dass es zu den neuen Bestellungen, die es bräuchte, nicht gekommen ist.

R. G., BA (BVT): Wie bitte?

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie haben gemeint, dass Bestellungen bis jetzt nicht vorgenommen wurden, dass sich das verzögert hat. Können Sie das ein bisschen ausführen?

R. G., BA (BVT): Das ist wie gesagt eigentlich auch nichts Neues in dem Sinn, allerdings kann man es natürlich auch irgendwo nachvollziehen, wenn es Reformvorhaben gibt und man dann Besetzungen und so weiter durchführt oder neue Planstellen und Pakete und so weiter -- Die Nachbesetzungen von Planstellen allerdings – das betrifft aber nicht nur unser Referat, sondern auch andere Referate – sind zögerlich beziehungsweise gibt es auch eine Verzögerung bei der Interessentensuche, also dass überhaupt einmal eine Planstelle öffentlich bekannt gemacht wird, wo man sich bewerben kann, und das Prozedere dauert dann Monate.

Das ist eben konkret in dem Fall ein Beispiel für Besetzungen, die jetzt quasi in den letzten beiden Monaten passiert sind und eigentlich im Juni stattfinden hätten sollen. Allerdings waren die Bediensteten bereits auf Zuteilung bei uns und sind jetzt eben nur auf diese Planstellen draufgekommen. Allerdings war es für uns nicht nachvollziehbar, warum die tatsächliche Bestellung so lang dauert, obwohl eigentlich vom formalen Prozedere, das ich vorhin schon angesprochen habe, vom Ablauf her, das für viele dann natürlich nicht ersichtlich ist, manche möglicherweise einen Skandal wittern, manche sagen, dass es halt nicht schneller geht. Wo das Problem dann liegt, ob ein Mitarbeiter dann konkret auf Urlaub ist und das deswegen vergessen wurde und erst über mehrere Nachfragen -- Nur dann müssen die Nachfragen auch erfolgen. Das sind eben die Sachen. Wir sitzen am Ende dieser Leiter und bekommen es dann halt nur mit, und man versucht dann halt, das mehrfach aufzuklären. Das ist das, was ich dazu sagen kann.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie haben gemeint, aufgrund der verzögerten Bestellungen wurde die Planung massiv beeinträchtigt. Können Sie das ausführen, die Auswirkungen dieser Engpässe, wodurch die Planung massiv beeinträchtigt wurde?

(Auskunfts person R. G. (BVT): Was jetzt kon - -? Welche?) – Die Auswirkungen durch die Knappheit an Ressourcen.

R. G., BA (BVT): Sie sprechen jetzt konkret diese Tagung an, wo diese Entscheidung mitgeteilt wurde?

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ja, und die Folgen. Einfach die Auswirkungen davon, dass die Bestellungen nicht rasch vorgenommen wurden und dadurch in der operativen Tätigkeit nicht die Schlagkraft da war, die es vielleicht gebraucht hätte.

R. G., BA (BVT): Na ja, so kann man es nicht sagen. Es verzögert natürlich dann Verfahren. Allerdings haben wir eine Problemstellung über Monate mehr als deutlich aufgezeigt. Das hat wie gesagt im September 2017 begonnen, das weiß ich jetzt, und da war es wirklich brenzlig, dass da was passiert, und das hat eben die NS-Meldestelle betroffen. Mit den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen bei Verhetzungstatbeständen und so weiter allerdings, mit Verjährungsfristen in Verbindung mit dem Medienrecht nach einem Jahr und so weiter gibt es in der operativen Abarbeitung dieser Hinweise ein Problem, weil Hinweise verspätet einlangen. Man hat dann nur sehr kurze Fristen, um eine Verjährung hintanzuhalten, und da muss man eigentlich immer am Puls sein, um nicht Verjährungen zu bekommen. Dieses Problem wurde mehr als deutlich kommuniziert.

Das war eben so in diesem Zeitraum, im Anschluss an die Hausdurchsuchungen, wo es wirklich kritisch war, wo wir allerdings heute in der glücklichen Lage sind, dass wir dieses Problem massiv entschärft haben. Das war aber zu dem Zeitpunkt, wo diese Weisung oder diese Richtungentscheidung mitgeteilt wurde, natürlich auch mit ein Grund, denn wenn ich jetzt schon mit der Arbeit nicht fertig werde, kann ich nicht noch zusätzlich was - - Es ist ja eigentlich auch legitim, das zu fordern, allerdings war es in dieser konkreten Situation wieder eine Beeinträchtigung oder eine mögliche Beeinträchtigung, die man sich - -

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie haben gemeint, es war auch schwierig nach der Hausdurchsuchung, könnten Sie das ausführen? *(Auskunfts person R. G. (BVT): Wie bitte?)* Sie haben gemeint, es war auch schwierig nach der Hausdurchsuchung. Könnten Sie da noch ausführen, was da schwierig war?

R. G., BA (BVT): Wie meinen Sie schwierig nach der Hausdurchsuchung? Jetzt konkret bezogen auf - -

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie haben gemeint, ein Beispiel, wo es schwierig war, war ein Engpass bei der NS-Meldestelle wegen der kurzen Fristen. Das andere, was Sie gemeint haben, war, dass es einmal nach der Hausdurchsuchung schwierig war; deswegen meine Frage, was da schwierig war.

R. G., BA (BVT): Ich kann wie gesagt immer nur betonen, dass es im Endeffekt um einen Personalbedarf gegangen ist, der in unserem Referat dringend zu decken ist. Das war wirklich eine Akutsituation, was da jetzt in dem Fall an Ereignissen zusammengekommen ist. Die Hausdurchsuchung, die Änderung der Abteilungsleitung, keine Führung im BVT – das war eine schwierige Situation und wir hatten ein Problem, das dringend gelöst werden musste.

Wir haben da diesbezüglich, wie soll ich sagen - - Es hat den Events, die den Hausdurchsuchungen gefolgt sind - - Die Frau Generaldirektor war beispielsweise am 13., 14., genau weiß ich das Datum jetzt nicht mehr, zu einem Besuch im BVT und hat quasi ihre Unterstützung bei wirklich dringenden Vorhaben - - Diese Problematik wurde auch konkret angesprochen und dann auch kommuniziert. Also da hat es konkret einen Auftrag der Frau Generaldirektor gegeben, diesen dringenden Personalbedarf am 15.3. einzumelden, und es wurde uns diesbezüglich Unterstützung zugesagt.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Wann kam die Unterstützung?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, ich kann nur sagen, es ist dann etwas in Bewegung gekommen. Wir haben dann tatsächlich die Zustimmung erhalten, dass wir Personal dazubekommen, allerdings zeitlich verzögert, aber die Versprechen, die uns damals mit 1.9., mit 1.12. gemacht wurden, wurden eingehalten, und aktuell haben wir wirklich eine entspannte Situation im Bereich der Hinweisbearbeitung, was sich natürlich wieder verändern kann. Ich rede jetzt allerdings nur von der operativen Abarbeitung, ich rede jetzt nicht von Fallzahlen oder wie auch immer, sondern ich spreche davon, dass wir in der operativen Abarbeitung dieser Hinweise aktuell, sage ich einmal, gut aufgestellt sind.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Zu den bei der Hausdurchsuchung bei Frau S. G. (BVT) beschlagnahmten Gegenständen: Da kam es laut einer E-Mail von Frau Staatsanwältin Schmudermayer erst Ende April zur Rückgabe. Wissen Sie, warum das so lange gedauert hat?

R. G., BA (BVT): Nein.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Wurde Ihre Arbeit dadurch behindert oder erschwert?

R. G., BA (BVT): Wie soll ich sagen? Es war natürlich schon die Frage nach möglichen Falldaten, die wir in anderen Verfahren brauchen, Beweismittel, unter anderem waren auch Beweismittel vom aktuellen Verfahren in Graz betroffen, allerdings jetzt nicht so, dass wir in unserer Arbeit eingeschränkt gewesen wären.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Hier war schon eine Einladung Thema, in der Österreich versehentlich im Empfängerkreis war, weil im Betreff except Austria stand. Deswegen will ich Sie da nur generell fragen, ob Sie Wahrnehmungen haben, dass das BVT bei Fachtagungen ausgeladen oder nicht eingeladen wurde?

R. G., BA (BVT): Da das, sage ich einmal, sensible Informationen beinhalten kann, wenn es um Partnerdienste geht, würde ich wenn dann in einem vertraulichen Teil - -

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Mhm. Laut Frau S. G. (BVT) gab es einen Mitarbeiter Ihres Referats, der im Mai am Flughafen wieder umdrehen musste, weil er zu einer Tagung zum Thema Identitäre nicht fahren durfte. Waren Sie das?

R. G., BA (BVT): Nein.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

R. G., BA (BVT): Wenn möglich nicht medienöffentlich aufgrund internationaler - -

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Auch nicht, wer das verfügt hat?

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Wie lange habe ich noch?

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Noch 3 Minuten.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Okay. Gut, dann darf ich Sie noch zu Ihren Wahrnehmungen bezüglich der Suspendierungsversuche von Frau S. G. (BVT) befragen. Ich weiß nicht, wie sehr Ihnen die Diskussion hierzu bekannt ist, die Tatsache, dass von Dr. Lett eine Verwendungsänderung von Frau S. G. (BVT) angedacht wurde – Pension oder Sportabteilung – und dass der Generalsekretär den Auftrag gab, disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen Frau S. G. (BVT) einzuleiten. Haben Sie generell zu diesem Themenkomplex Wahrnehmungen?

R. G., BA (BVT): Ich habe, wie gesagt, Wahrnehmungen von persönlichen Erzählungen der Referatsleitung über das Gespräch bei der Generaldirektorin (*Abg. Krisper: Bitte, ja!*), wo sie mir mitgeteilt hat, dass man sie in Pension schicken will, sie allerdings aus Eigenem nicht gehen wird und dass sie mitgeteilt hat, wenn sie disziplinär – obwohl ich nicht weiß, ob das jetzt konkret so

gefallen ist – was haben gegen sie oder glauben, etwas gegen sie zu haben, dann sollen sie sie anzeigen, und dann wird man sehen, was das Ergebnis ist. Das war das, was sie mir mitgeteilt hat, und das war im Endeffekt alles, in dem engen zeitlichen Zusammenhang mit dieser Leitertagung, wo sie mir das mitgeteilt hat. Das war eben genau an diesem Tag, wo sie da bei der Frau Generaldirektorin war und wo eben das eh schon öffentlich bekannte Statement, in Pension schicken, ein Thema gewesen ist. Eigene Wahrnehmungen dazu, von einem Schriftverkehr oder über irgendwelchen Druck, habe ich nicht, lediglich Erzählungen.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Haben Sie Wahrnehmungen zu den Vorhalten, die man Frau S. G. (BVT) macht? Es waren laut Einvernahme der Generaldirektorin drei. Der erste Vorhalt war Chaos ihrer Aktenlage.

R. G., BA (BVT): Na ja, also ich kann es nur so beschreiben: Für einen Außenstehenden ist es, wenn man das Büro betritt, möglicherweise chaotisch, viel Papier in Stapeln. Das Phänomenale an der Referatsleiterin ist allerdings: Wenn man etwas braucht, geht sie dorthin und zieht es dort heraus. Für sie ist es halt ein geordnetes Chaos, wobei ich oder andere es natürlich durchaus als nicht sehr aufgeräumt titulieren würden. Sie hat allerdings ihre Ordnung darin und sie findet ihre Sachen da drinnen, wie auch immer sie das macht, aber es sind durchaus so hohe (*deutet mit der Hand deren Höhe an*) Stapel Papier.

Sie muss sich halt alles ausdrucken, sie macht sich handschriftliche Notizen drauf, und das schmeißt sie halt nicht weg, und im Anlassfall hat sie ihre Gedanken, die sie da gehabt hat, griffbereit, schlägt auf und hat ihre Zettel. Es hat aber natürlich für einen Außenstehenden durchaus möglicherweise den Eindruck von Unordentlichkeit, das muss man auch offen und ehrlich dazusagen.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Das bringt mich spontan auf eine Frage. Wir haben Fotos von der Hausdurchsuchung im Büro von Frau S. G. (BVT). Die wurden auch laut ihrem Gedächtnisprotokoll nicht am Anfang gemacht, wie eigentlich bei einer HD üblich, sondern - - Haben Sie Wahrnehmungen?

R. G., BA (BVT): Ich glaube, es war genau in der Pause, nachdem sie die Datenträger schon - -, wo sie Durchsuchungen nach Datenträgern durchgeführt haben und eben dann letzten Endes also diese Übersichtsaufnahmen gemacht haben. Nageln Sie mich jetzt nicht fest! Ich weiß es nicht mehr, wann das jetzt wirklich genau gewesen ist, aber jedenfalls nicht am Anfang.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Okay, das heißt, es könnte auf den Fotos noch unordentlicher sein.

R. G., BA (BVT): Auf jeden Fall nicht am Anfang. (*Abg. Krisper: Okay!*) Das ist mir schon in Erinnerung, dass es dann im Laufe der Hausdurchsuchung geheißen hat: Warte! Ich mache ein paar Fotos. Da haben dann alle aufgehört, da hat es dann Fotos gegeben, und dann ist weitergemacht worden. Allerdings habe ich selbst diese Fotos nie gesehen, ich habe auch nie einen Durchsuchungsbericht oder ein Sicherstellungsprotokoll gesehen. Ich habe in diesem Zusammenhang auch keinen Status im Verfahren, Akteneinsicht oder irgendwas, somit ist mir das nicht bekannt, wie die Fotos jetzt ausschauen.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie könnten aber aufgrund dessen, dass die Hausdurchsuchung schon gelaufen ist, unordentlicher als der normale Status quo sein.

Der zweite Vorhalt gegenüber Frau S. G. (BVT) war Besitz von Ermittlungsakten, die bereits gerichtsanhangig sind. Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

R. G., BA (BVT): Der Besitz von Ermittlungsakten, die bereits gerichtsanhangig sind? (*Abg. Krisper: Mhm!*) Das ist ganz normal, dass man das hat (*Abg. Krisper: Mhm!*), denn wir haben in laufenden Ermittlungsfällen sehr wohl Beweismittel, weil wir sie ja auch auswerten, und erst nach Abschluss der Ermittlungen werden diese an das jeweilige Landesgericht, die Verwahrstelle, wie

auch immer übergeben. Wie gesagt, es sind jetzt Verhandlungen in Graz und Beweismittel zu den einzelnen Beschuldigten, natürlich jetzt nicht konkret, allerdings trotzdem noch bei uns.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Das heißt, den Vorhalt können Sie sich nicht erklären?

R. G., BA (BVT): Man muss vielleicht konkretisieren, dass ich das beurteilen kann. Dass wir gerichtsanhängige Ermittlungsdaten haben, ist allerdings klar.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Mhm. – Der dritte und letzte Vorhalt waren Informationen zur Liederbuch-Causa Germania, die bereits seit mehreren Jahren bekannt gewesen sein sollten.

R. G., BA (BVT): Ich kenne es, nachdem es öffentlich bekannt geworden ist.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Danke sehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ich habe nur ein paar kurze Fragen. Ich möchte Sie noch ein bissel genauer zu dieser Geschichte mit den verdeckten Ermittlern befragen. Sie haben gesagt, Sie sind von der Referatsleiterin S. G. (BVT) informiert worden. Können Sie das ein bisschen genauer schildern, wie das war?

R. G., BA (BVT): Sie hat mir das Mail auf ihrem Bildschirm gezeigt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Welches Mail war das?

R. G., BA (BVT): Ich weiß jetzt nicht mehr von wem konkret, ich denke vom damaligen interimistischen Abteilungsleiter C. M. (BVT), an sie gerichtet mit einer Fragestellung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ja, ja. – Und worum ist es bei dieser Fragestellung genau gegangen?

R. G., BA (BVT): Ja um den Einsatzbereich verdeckter Ermittler im Zeitraum ab 2013.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ist es darum gegangen, wo im Bereich Rechtsextremismus verdeckte Ermittler eingesetzt werden?

R. G., BA (BVT): Meiner Erinnerung nach: Ja. Ob jetzt wo oder wer, worauf Sie da jetzt anspielen, das weiß ich allerdings nicht mehr genau.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Das hätte ich Sie noch gefragt, aber da habe ich mich, ehrlich gesagt, nicht wirklich - - Da gibt es eine Unschärfe, aber dieses Wo hat es auf jeden Fall gegeben. Meiner Erinnerung nach – ich könnte jetzt das Mail raussuchen – heißt Wo: im Bereich Rex, also Rechtsextremismus. Ist das richtig?

R. G., BA (BVT): Genau.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Wer wollte jetzt von der Referatsleiterin wissen, wo die verdeckten Ermittler im Bereich Rechtsextremismus tätig sind? Hat sie Ihnen das gesagt, wer das wissen will?

R. G., BA (BVT): Ja, also das Generalsekretariat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Hat sie gesagt, der Generalsekretär Goldgruber?

R. G., BA (BVT): Da müsste ich jetzt - - Ich denke schon, aber ich - -

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Sie sind sich aber sicher, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe - - Ich frage Sie: Sind Sie sich sicher, dass sie zumindest gesagt hat, das Generalsekretariat will das wissen?

R. G., BA (BVT): Ich glaube, der GS oder - -

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Der GS. – Ja, das ist der Generalsekretär. Haben Sie mit Frau S. G. (BVT) darüber gesprochen, warum der Generalsekretär das wissen wollte?

R. G., BA (BVT): Nein, es war für uns nicht erklärlich, warum er so etwas wissen will.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ich versuche, mit Ihrer Hilfe draufzukommen: Welchen Sinn macht es für die Arbeit, die Tätigkeit des Generalsekretärs zu erfahren, wo im Bereich Rechtsextremismus verdeckte Ermittler tätig sind?

R. G., BA (BVT): Das müssen Sie nicht mich fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Denn er selber setzt ja, zumindest hoffe ich das, keine verdeckten Ermittler ein, er betreut auch keine, er führt auch keine. Ich frage Sie halt: Ist der Generalsekretär im Innenministerium in irgendeiner Art und Weise persönlich für verdeckte Ermittler zuständig?

R. G., BA (BVT): Persönlich nicht, im weitesten Sinne - -

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Im weitesten Sinne ist er für alles zuständig.

R. G., BA (BVT): Ja, genau! (Abg. Pilz: Persönlich!) – Aber persönlich natürlich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Persönlich natürlich nicht. So, und jetzt erfahren Sie von Ihrer Referatsleiterin, ein persönlich unzuständiger Generalsekretär, der da überhaupt keine Funktion hat – persönlich –, fragt nach den verdeckten Ermittlern. War Ihnen in dieser Situation klar, dass es sich hier um eine sehr sensible Nachfrage handelt?

R. G., BA (BVT): Ja, natürlich, aber der konkrete Auftrag, diese Frage zu behandeln, ist von der Abteilungsleitung gekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ist mir klar, C. M. (BVT) in dem Fall, ja.

R. G., BA (BVT): Genau, ja, aber dass das eine sensible Sache ist, liegt auf der Hand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): War Ihnen klar, dass eine zu konkrete Antwort verdeckte Ermittler gefährden könnte?

R. G., BA (BVT): Natürlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Haben Sie die mögliche Gefahr für verdeckte Ermittler auch mit Frau S. G. (BVT) erörtert?

R. G., BA (BVT): Es ist per se gefährlich, überhaupt über diesen Themenbereich - - Jede Person, die mehr darüber weiß, ist, sage ich einmal, eine Gefahr. Die Quelle der Information ist ja immer zu schützen und in dem Fall noch viel mehr, nämlich die eigenen ermittelnden Beamten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Was war jetzt die konkrete Befürchtung? Was kann passieren, wenn man das zu detailliert beantwortet?

R. G., BA (BVT): Na ja, dass natürlich mögliche Einsätze - - Da man natürlich nie weiß, welchen Personenkreis das, wenn es dann auch in den Sicherheitsrat und so weiter - - Egal, jede Person, die mehr über diese wirklich heikelsten und sensibelsten Sachen weiß, ist brenzlig, und, wie gesagt: Ich kenne die Identitäten selbst nicht und habe unmittelbar damit zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Jetzt ist es ja nicht um irgendeinen Extremismusbereich gegangen, sondern um den Bereich Rechtsextremismus. Wir haben schon andere Auskunftspersonen dazu befragt. Gibt es Ihres Wissens zumindest einzelne Zusammenhänge zwischen der Partei, der der Innenminister angehört, und dem Ermittlungsbereich Rechtsextremismus? Gibt es da Querverbindungen in die FPÖ? Ich will einfach jetzt - - Es ist, glaube ich, ganz klar, was ich mit Ihnen hier besprechen will, ob es hier auch die Annahme einer sehr konkreten Gefährdung gegeben hat. Das werden Sie ja mit der Referatsleiterin besprochen haben, nehme ich an.

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, ich habe die Beantwortung dieser Frage nicht vorgenommen. Sie hat mir das auf dem Bildschirm gezeigt, wir haben darüber gesprochen, aber das Darüber-Sprechen war im Endeffekt, dass man das nicht beantworten kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Hat sie mit Ihnen auch besprochen, dass man, um die verdeckten Ermittler nicht zu gefährden, den Generalsekretär nur ausweichend informiert?

R. G., BA (BVT): Da geht es nicht konkret um die Person Generalsekretär, da geht es konkret darum, dass so eine Information nicht außer Haus gehen sollte – mit „außer Haus“ meine ich: außerhalb vom BVT.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Sie haben geglaubt, das geht wirklich in den Nationalen Sicherheitsrat? Das war ja nie geplant! (*Heiterkeit des Abgeordneten Pilz.*)

R. G., BA (BVT): Nein, es geht darum, dass eigentlich solche Informationen das BVT nicht verlassen sollten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ja okay, jetzt verstehe ich. Das heißt, solche Informationen über verdeckte Ermittler dürfen normalerweise das BVT nicht verlassen. Ich möchte das nur genau haben.

R. G., BA (BVT): Meine persönliche Einschätzung ist das, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Sagen Sie, muss das der Generalsekretär nicht auch wissen?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, das müssen Sie den Herrn Generalsekretär fragen - -

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Das ist eine sehr gute Idee, deswegen halte ich es auch für sehr vernünftig, dass wir ihn Anfang des Jahres noch einmal in den Ausschuss laden. Das ist einmal das eine zu diesem Bereich. Das Zweite ist – noch einmal –, sagen Sie: Haben die EGS-Beamten, die unter temporärer Beziehung einer Staatsanwältin das Extremismusreferat durchsucht haben, gewusst, was sie suchen?

R. G., BA (BVT): Im ersten Teil elektronische Datenträger, im zweiten Teil Ausdrucke von E-Mails – sofern das mir bekannt war –, wo Namen drauf stehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Das heißt, es hat eine Phase gegeben, wo sie etwas anderes als in einer zweiten Phase gesucht haben.

R. G., BA (BVT): Na ja, es war - - Ich habe schon gesagt, es waren sehr viele Leerlaufzeiten. Das hört sich jetzt lange an: Die HD war von 9 bis 17 Uhr. Die tatsächlich intensive Durchsuchung hat erst um 11 Uhr begonnen – nach elektronischen Datenträgern. Dann sind Protokolle ausgefüllt worden, dann war wieder Stillstand, und dann ist um 13 Uhr ein Auftrag gekommen: Jetzt wird nach Dokumenten gesucht. – Also Dokumente in dem Fall, wie wir es wahrgenommen haben, dort vor Ort, nach ausgedruckten E-Mails mit Namen von Beschuldigten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Das ist um 13 Uhr gekommen?

R. G., BA (BVT): Das war dann um 13 Uhr, und dann sind wieder die Zettel, quasi, durchsucht worden, ob eben das draufsteht, und - -

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Das heißt, um 13 Uhr ist etwas anderes gesucht worden als um 9 Uhr. Ist das richtig?

R. G., BA (BVT): Meiner Erinnerung nach ist um 9 Uhr noch gar nichts gesucht worden, da ist einmal gewartet worden – Staatsanwältin – und dann, bis der Auftrag gekommen ist, war es 11 Uhr, als mit der Durchsuchung begonnen wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ja, und was ist von 11 bis 13 Uhr durchsucht worden?

R. G., BA (BVT): Der gesamte Bürobereich nach elektronischen Datenträgern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Sind die dann auch sichergestellt worden?

R. G., BA (BVT): Ja, meines Wissens nach, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Von Datenforensikern oder von der Staatsanwältin selbst?

R. G., BA (BVT): Von Datenforensikern, sofern es Datenforensiker waren, Mitarbeitern von der Steuerfahndung oder Finanzpolizei, wie ich es eingangs gesagt habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Die waren im Raum?

R. G., BA (BVT): Die waren im Raum (*Abg. Pilz: Aha, okay!*) und haben dann quasi Stück für Stück die gefundenen Datenträger, die die EGS zusammengetragen hat, sichergestellt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ja, und dann um 13 Uhr hat es - -

R. G., BA (BVT): Hat es den neuerlichen Auftrag gegeben, obwohl eigentlich – das war meine Wahrnehmung – die Mitarbeiter der EGS geglaubt haben, es ist jetzt eigentlich vorbei. Sie warten auf neue Aufträge hätte ja genauso heißen können: Jetzt geht in einen anderen Raum, geht dorthin, dort müssen wir unterstützen! – So war es mein Eindruck. Dann ist gekommen: Nein, nochmals auch nach ausgedruckten Kommunikationen mit Beschuldigten suchen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Das Seltsame – auf das sind wir schon ein paarmal gestoßen – ist ja: Normalerweise hat man eine Anordnung zur Hausdurchsuchung, da steht alles drinnen und die wird abgearbeitet – und nicht: Jetzt sucht's das!, und dann: Jetzt sucht's was vollkommen anderes! Das wundert mich ein bisschen, aber Sie haben das ja nicht mitangeordnet und auch nicht mitdurchgeführt. – Das reicht eigentlich, okay. Danke!

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Oberst, danke für die umfassenden Auskünfte. Es ist jetzt nicht einfach, neue Fragen zu finden. Ich werde trotzdem versuchen, noch etwas Neues zu erfragen. Zum Thema Vorbereitung des Nationalen Sicherheitsrates haben Sie gesagt, Frau S. G. (BVT) hat Ihnen das E-Mail am Computer gezeigt und auch gesagt, dass das E-Mail an sie – also S. G. (BVT) – und an einen Mitarbeiter von ihr gerichtet war. Wissen Sie noch, haben Sie Wahrnehmungen, wer dieser Mitarbeiter war?

R. G., BA (BVT): Von dem, wo ich das Mail gesehen habe, kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Mhm. Was sagen Sie persönlich zu diesen Fragen des Generalsekretärs oder aus dem Generalsekretariat, beziehungsweise wie sind die dann beantwortet worden, oder welche Fragen wurden nicht oder nur ausweichend beantwortet?

R. G., BA (BVT): Ich glaube, die Antwort ist sogar medienöffentlich, oder?

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Entschuldigung, ich habe es akustisch nicht verstanden.

R. G., BA (BVT): Ich denke, die Antwort wurde sogar in den Medien veröffentlicht, oder? – Und das ist genau das, was ich damit meine, dass man für die Sicherheit einer Information, sofern sie das Haus verlässt, einfach nicht mehr sorgen kann.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen: Sind in der Vergangenheit öfter derartige Anfragen gestellt worden oder war das öfter so, dass solche Anfragen an das BVT gekommen sind?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, in meiner Wahrnehmung nicht.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Es war auch schon Thema, dass es früher Praxis gewesen sein soll, dass die Ressortspitze von bevorstehenden Ermittlungsschritten vorab informiert wurde. Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

R. G., BA (BVT): Es ist in meiner Wahrnehmung so, dass das sogar die Pflicht ist. Es gibt sogar Erlässe, die das regeln, dass medienrelevante Amtshandlungen im Vorhinein zu berichten sind. (Abg. **Ofenauer:** Also - - !) Also ist es logischerweise so, dass auch im Vorfeld von Maßnahmen, insbesondere wenn viele Dienststellen – länderübergreifend, mehrere Landespolizeidirektionen – involviert sind - -, ist es sehr häufig bereits dazu gekommen.

Je mehr Personen über geplante Aktionen in Kenntnis sind, ist es eben so, wenn ich 200, 300 Einsatzbeamte an einem Einsatz beteiligt habe, dass irgendwo Sachen nach draußen sickern, und es gibt nichts Schlimmeres, sage ich einmal, für einen Minister oder dessen Stab, wenn Sachen in der Zeitung stehen, sie konfrontiert werden damit, und selbst hat man eigentlich keine Kenntnis über den Sachverhalt.

Deswegen ist es bei wirklich Medienöffentlichem, wo wirklich mit Presse und so weiter zu rechnen ist, sehr wohl so, dass quasi mit einer vorherigen Mitteilung geplante Maßnahmen berichtet werden, allerding so verklausuliert, dass man nicht Rückschlüsse zieht an welcher Einsatzadresse, welche Personen betrifft das, sondern lediglich, dass im Bereich dieser oder jener Gruppierung oder in diesen und jenen Bundesländern Hausdurchsuchungen oder wie auch immer geplante operative Maßnahmen stattfinden werden.

Dann, nach Vollzug dieser Maßnahmen, wenn es den operativen Einsatz nicht mehr gefährdet, sage ich einmal, wenn die sogenannte Sicherheit hergestellt ist, sämtliche betroffene Personen und so weiter diesbezüglich beamtshandelt sind und man ein Erstergebnis mitteilen kann, dann teilt man das im Rahmen einer Führungsinformation den Bedarfsträgern mit.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Das klingt auch nachvollziehbar. Jetzt haben wir aber gehört, dass es anscheinend einen Auftrag seitens des Generalsekretärs oder des Generalsekretariates gab, Vorabinformationen über bevorstehende Zwangsmaßnahmen zukünftig zu unterlassen. Wie können Sie das erklären oder wie beurteilen Sie das?

R. G., BA (BVT): Das, auf was Sie konkret anspielen, ist mir bekannt. Das war für uns auch ein Rätsel, warum das quasi nicht gewollt wird – in dem Sinne, da man ja keine Details bekannt gibt. Da geht es lediglich darum: Es stehen Maßnahmen bevor und man informiert.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Also möglichst vage, aber jedenfalls über die Tatsache der Durchführung von Hausdurchsuchungen oder sonstigen medienrelevanten Einsätzen, das war so geregelt. – Danke schön.

Noch einmal zurück zum Thema der Bürodurchsuchung und Frau S. G. (BVT). Seit wann sind Sie mit ihr, also bekannt klingt jetzt ein bisschen - - Wie ist Ihr Verhältnis zu Frau S. G. (BVT) – ich nehme an beruflich? Seit wann kennen Sie sie?

R. G., BA (BVT): Seit September 2016, als ich in das Referat gewechselt bin. (Abg. **Ofenauer:** Als Sie begonnen haben!) Ich war mich vor der, also im Rahmen der Bewerbungszeit – also die Bewerbungsfrist, die für die Stelle ausgeschrieben war – persönlich vorstellen, habe sie kennengelernt und habe mich entschlossen, mich zu bewerben; und dann, wie ich hingekommen bin, seitdem kenne ich sie. Also vorher war sie mir in dem Sinne nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Jetzt geistert ja immer wieder auch durch diesen Ausschuss und die Medien, das Büro von Frau S. G. (BVT) sei sehr chaotisch gewesen. Sie haben das schon ausgeführt, aber: Wie beurteilen Sie ihre Arbeitsweise oder wie ist die Arbeitsweise von Frau S. G. (BVT)? – Ebenso chaotisch oder durchaus strukturiert oder - -

R. G., BA (BVT): Die Arbeitsweise? Sie ist sehr bestimmend. Ich glaube, das haben Sie selbst auch wahrgenommen. Sie ist für die Mitarbeiter sehr fordernd, sage ich einmal, auch in unserem Referat, weil sie konkrete Aufträge gibt und das dann tatsächlich auch mit Vehemenz einfordert. Sie ist in der Regel sehr gut in der Sache informiert.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Sie hat auch davon gesprochen, dass sie am Beginn dieser Hausdurchsuchung von vier bewaffneten Beamten sehr forsch behandelt wurde. Wie ist das vor sich gegangen?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, die konkrete Erstsituation in ihrem Büro kann ich nicht beurteilen, da war ich nicht dabei. Die Ansprache war – ich habe es eh gesagt, ich habe es mir damals bei der Hausdurchsuchung handschriftlich notiert –: Ich brauche Frau S. G. (BVT)!, wiederholt: Frau S. G. (BVT)! – Sie antwortet: Haben wir leicht eine HD?, geht dorthin, ja wir gehen jetzt in das Büro, es darf niemand etwas - - Das waren meine Wahrnehmungen. Die angespannte Situation, die da einfach in der Luft gelegen ist, habe ich, glaube ich, mehr als deutlich dargelegt. Wie sie aber dann die ersten Minuten in ihrem Büro dort behandelt worden ist, das kann ich nicht beurteilen, dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

Im Laufe des Tages war dann allerdings nichts. Das war dann eher ein kollegiales Verhalten, weil die Einschreitenden - - Man muss sich eines vorstellen: Es ist für die Mitarbeiter der EGS zu dem Zeitpunkt sicherlich auch kein einfacher Einsatz gewesen. Das verstehe ich, das ist sicherlich nicht angenehm, den Einsatz dort so durchzuführen, wenn ich weiß, ich stehe lauter Kollegen gegenüber und kenne nicht einmal die Beschuldigten, ich kenne nicht einmal den Vorhalt. Das ist sicherlich eine ungute Situation für die eingesetzten Kräfte, meiner Einschätzung nach. (Abg. *Ofenauer: Das heißt, Ihrer Einschätzung nach - -!*) Ich bin ja selbst Polizist, habe selbst Hausdurchsuchungen in allen Ebenen durchgeführt.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Das heißt, Ihrer Einschätzungen nach hatten die einschreitenden Beamten nicht die Information, ob Frau S. G. (BVT) jetzt Beschuldigte oder Zeugin war.

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, ich war die ersten Minuten nicht dort. Ab dem Zeitpunkt der Ladungs - - , also der Anordnungsübergabe, sage ich einmal, durch die Staatsanwältin war es sicherlich bekannt. Ob es ihnen vorher bekannt war, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Frau S. G. (BVT) gibt auch an, dass Herr Mag. C. M. (BVT) von der Durchführung der Hausdurchsuchung in ihrem Büro von Ihnen verständigt worden ist.

R. G., BA (BVT): Genau, ja.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Haben Sie von irgendjemandem den Auftrag dazu bekommen oder haben Sie das aus Eigenem getan und wie ist die Verständigung passiert?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, meines Wissens, hat sie das sogar noch geäußert, ich sollte quasi C. M. (BVT) verständigen. Allerdings war es in der Situation aufgrund der angesprochenen angespannten Lage für mich nicht möglich, dass ich dort jetzt weggehe, denn, wie gesagt, die Kollegen - - Ich weiß nicht, was passiert wäre, wenn jetzt die Kollegen trotzdem, obwohl sie den Raum nicht verlassen sollen, einfach rausgehen. Ob dann Zwangsmaßnahmen und so weiter gesetzt werden, kann man in der Situation natürlich nie einschätzen, aber um das zu vermeiden habe ich die Lage dort beruhigt, habe auf meine Mitarbeiter, sage ich einmal, beruhigend eingewirkt; und ab dem Zeitpunkt, wo der Status klar war: Okay, wir können uns frei bewegen, es sind alle Zielpersonen angetroffen worden!, bin ich in den dritten Stock – das ist genau über uns im Trakt –, und dort ist er mir bereits im Gang entgegengekommen.

Ob er zu dem Zeitpunkt schon etwas von der Hausdurchsuchung gewusst hat, durch eine telefonische Information, weiß ich nicht. Er hat mir gegenüber jedenfalls geäußert, dass er noch nichts von einer Hausdurchsuchung weiß, wie ich ihn angetroffen habe, und parallel dazu ist eben schon eine Kollegin von der IKT gekommen, die ihn quasi über Auftrag von den Mitarbeitern unten gerne als Vertrauensperson beigezogen hätte.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Das heißt, Sie haben ihn erst von dieser Hausdurchsuchung informiert. (Auskunfts person R. G. (BVT): Ja!) Haben Sie ihm etwas anderes auch noch mitgeteilt?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, die Lage habe ich ihm natürlich gesagt, also es sind Kräfte von der EGS da, das habe ich am Weg nach unten - - S. G. (BVT) hat eine schriftliche Anordnung erhalten, und meiner Erinnerung nach ist er dann mit mir mitgegangen, eben um diese Anordnung einmal zu sichten. (Abg. Ofenauer: Mhm!) Ich bin mir jetzt aber nicht ganz sicher, ob er nicht vielleicht doch zuerst in die IKT-Abteilung gegangen ist und dann noch einmal zurückgekommen ist. Er war dann jedenfalls im Büro im Zuge der Beginnphase der Hausdurchsuchung auch körperlich anwesend und hat sich natürlich über den Tatvorwurf und über die betroffenen Mitarbeiter informiert.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Sie schreibt ja auch, dass C. M. (BVT) nach der Verständigung vorbeischaute. Wissen Sie, hat er das mit der Staatsanwältin Mag. Schmudermayer irgendwie besprochen?

R. G., BA (BVT): Über Gespräche mit der Staatsanwältin kann ich keine Auskünfte geben, weil sie nur zu Beginn bei der Übergabe im Büro war, wo ich nicht anwesend war. Ich habe sie, wie gesagt, nur zweimal vorbeigehen gesehen. Die Diskussionen waren möglicherweise woanders, jedenfalls habe ich dazu keine Wahrnehmungen, zu einer direkten Aussprache mit der Staatsanwältin.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Ob Frau S. G. (BVT) der EGS die Kooperation angeboten hat? – Sie waren nicht ständig im Büro, Sie waren immer nur abwechselnd mit Frau S. G. (BVT) im Büro, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Hat sie Kooperation angeboten, damit man schneller findet, was man sucht? Wie ist das vor sich gegangen?

R. G., BA (BVT): Es war eigentlich den ganzen Zeitraum über ein kooperatives Verhalten seitens unserer Mitarbeiter, bis auf die angespannte Situation in der Früh. Wie gesagt, es hat dann Kaffeeangebote gegeben, die Kollegen von der EGS haben die Schutzwesteren bei mir abgelegt, wie dann, sage ich einmal, die Gefahr auch aus ihrer Sicht nicht mehr gegeben war. Über die Dauer der Amtshandlung mit der Schutzwester ist es, sage ich einmal, problematisch, allerdings - -

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Es sind aber unüblicherweise keine Aufnahmen von dem Büro zu Beginn dieser Hausdurchsuchung im Büro konkret gemacht worden. Oder haben Sie dazu Wahrnehmungen?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, meiner Wahrnehmung nach – ich bin ja erst 20 Minuten später hingekommen –: Ich weiß, dass im Laufe der Maßnahme Fotos angefertigt wurden, da wurde aber bereits zuvor durchsucht. Das weiß ich noch, weil sie gesagt haben: Wartet, hört kurz auf, ich mache noch Fotos! Ich weiß aber nicht mehr konkret, zu welchem Zeitpunkt das war, ich gehe aber davon aus, dass es vor der Durchsuchung war, wo sie dann wirklich jeden Zettel quasi durchsucht haben. Ich bin mir aber nicht sicher.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Haben Sie am Vormittag den Eindruck gehabt, dass da wirklich gezielt nach Daten gesucht wurde? War das eine zielgerichtete Hausdurchsuchung? (Auskunfts person R. G. (BVT): Datenträger!) – Datenträger. – Vormittag?

R. G., BA (BVT): Daten kann ich nicht finden. Wie gesagt, der Computer war nicht aufgedreht. Die ganze Sicherstellung sämtlicher Daten ist ohnehin in der IKT passiert, das heißt, in einer Serverlösung muss man sich das so vorstellen, dass sich die ohnehin, sage ich einmal, die Daten so sichern und die physischen Datenträger – USB-Sticks, CDs, Handys, der Computer selber – werden dann eben gesichert, indem es ins Sicherstellungsprotokoll aufgenommen wird, mitgenommen wird und dann eben zur Auswertung weiterbearbeitet wird.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Ist zum Beispiel – bleiben wir bei den USB-Sticks – als die USB-Sticks sichergestellt worden sind, vor Ort durchgeschaut worden, was da drauf ist?

R. G., BA (BVT): Na, na, na, na, na! (*Abg. Ofenauer: Das nicht!*) Die sind einfach nur geschlichtet worden, die sind dort gestanden, durchnummeriert, aufgenommen worden, aber es wurde keine Sichtung elektronischer Datenträger vor Ort wahrgenommen. Das Einzige, an das ich mich erinnern kann – das habe ich aber eingangs schon erwähnt –, war, es wurde versucht, die Mobiltelefone vor Ort zu sichern, wie konkret das allerdings dann durchgeführt worden ist, kann ich jetzt nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Es sind ja dann tatsächlich zwei Handys, zwei USB-Sticks und ein Rechner, ein Laptop, sichergestellt worden. Das hat zwei Stunden lang gedauert, dass man das sicherstellt? Der Beginn war um 11 Uhr und dann ist es unterbrochen worden.

R. G., BA (BVT): Ich habe ja gesagt, es waren sehr viele Leerlaufzeiten während dieser Hausdurchsuchung und, wie gesagt, es war eigentlich die Annahme, dass das jetzt vorbei ist. Es war natürlich auch problematisch, dass unterschiedliche Einheiten - - Die EGS-Beamten haben auf die Datensicherer gewartet und so weiter, das hat sich natürlich alles dadurch verzögert.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Wissen Sie oder haben Sie mitbekommen, warum dann die Durchsuchung abgebrochen wurde, dass man dann von den Einsatzkräften offensichtlich den Eindruck hatte, dass es vorbei ist, und warum das dann wieder aufgenommen wurde?

R. G., BA (BVT): Meiner Erinnerung nach war es so: Es war der Auftrag, Datenträger sicherzustellen. Dem sind sie nachgekommen. Sie haben gesucht, haben es hingelegt, die Sicherung tatsächlich und die Mitnahme haben die Datensicherer gemacht. Somit war die Aufgabe eigentlich aus Sicht der eingesetzten Kräfte dort vor Ort erledigt, und sie haben auf weitere Aufträge gewartet. Aus meiner Sicht war es so, dass sie eigentlich in der Annahme waren, es dürfte jetzt gleich vorbei sein oder vielleicht müssen wir noch woanders hinfahren und dort unterstützen, weil es ja in anderen Örtlichkeiten auch Hausdurchsuchungen gegeben hat. Als dann der Auftrag gekommen ist, sie müssen alle Zettel neuerlich nach Kommunikationen, sage ich einmal, in ausgedruckter Form durchsuchen, waren sie eh nicht sehr erfreut.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Haben Sie eine Wahrnehmung, von wem dieser Auftrag gekommen ist?

R. G., BA (BVT): Na, das habe ich bereits beantwortet, dass ich zu dieser direkten Kommunikation nichts sagen kann, das ist entweder über Funk oder Telefon.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Haben Sie den Auftritt oder das Verhalten der Staatsanwältin Mag. Schmudermayer in irgendeiner Art und Weise wahrgenommen?

R. G., BA (BVT): Ich habe sie zweimal vorbeigehen gesehen, aber ich habe keine Wortwechsel mit ihr gehabt.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Aus dem Vorbeigehen: Schlüsse, ob sie den Einsatz sozusagen in der Hand hatte, lassen sich daraus offensichtlich nicht ziehen.

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, den Funk habe ich nicht mitgehört und mit ihr persönlich habe ich keine Berührungspunkte gehabt im Zuge der Durchsuchung. Somit kann ich darüber nicht wirklich Aussagen tätigen.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Es heißt auch, dass zwischendurch ein IKT-Experte der WKStA kam. Wissen Sie, wer der IT-Experte der WKStA war?

R. G., BA (BVT): Ich verstehe Sie jetzt - - Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Der IT-Experte der WKStA, der zwischenzeitlich vorbeikam? (*Auskunfts person R. G. (BVT): Na!*) Es ist bei der Bürodurchsuchung festgestellt worden, dass bei den sichergestellten Daten der Frau S. G. (BVT) auch eine Mailsicherung des BVT-Mitarbeiters Pascal Ott dabei war. Wissen Sie, warum im Outlook und am Computer der Frau S. G. (BVT) das Postfach von Pascal Ott vorhanden sein kann?

R. G., BA (BVT): Darüber habe ich keine Wahrnehmungen oder Erkenntnisse.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Das Thema der Dienstwaffen ist auch immer wieder aufgetaucht. Frau S. G. (BVT) hat angegeben, sie hatte eine Dienstwaffe. Haben Sie wahrgenommen, ob sie danach gefragt wurde oder es überhaupt eine Frage nach den Dienstwaffen gab?

R. G., BA (BVT): Ich habe keine direkten Wahrnehmungen, allerdings hat sie doch sehr verwundert gesagt, dass sie zu keinem Zeitpunkt der HD nach ihrer Waffe gefragt wurde. Wenn sie nicht gefragt worden ist, kann ich auch keine Wahrnehmung dazu haben, sage ich einmal, allerdings war ich ja zum Zeitpunkt des Beginns der HD auch nicht vor Ort. Das heißt, ich habe es nicht gehört, dass sie danach gefragt wurde. Wenn sie allerdings gefragt worden wäre, dann wäre es ja eher zu Beginn gewesen, somit - -

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Sie wurden auch nicht gefragt, ob Sie über eine Dienstwaffe verfügen?

R. G., BA (BVT): Ich gehe davon aus, dass sie wissen, dass wir Dienstwaffen - - Wenn ich mich dort als Oberst R. G. (BVT) vorstelle, dann gehe ich davon aus, dass die Mitarbeiter der EGS wissen, dass ich über eine Dienstwaffe verfüge. Allerdings trage ich sie nicht offen, wenn ich im Büro in einem geschützten Bereich bin, was das BVT ja ist, wo es ja mehrere Sicherheitsmechanismen gibt, sage ich einmal, die man einmal durchdringen muss, damit man überhaupt einmal zu uns in den Trakt beziehungsweise in ein Büro kommt.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Herr Oberst, danke einmal für Ihre sehr, sehr inhaltsreichen Ausführungen. Ich möchte Sie fragen: Haben Sie in Ihrer früheren Tätigkeit mit der EGS zu tun gehabt?

R. G., BA (BVT): Natürlich hat man die eine oder andere Berührung, sage ich einmal, als ich als Streifenbeamter bei Maßnahmen mit der EGS eingesetzt war. Die haben halt etwas durchgeführt oder Meldungen irgendwo verfasst – allerdings keine direkten Amtshandlungen mit ihnen.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Kontakte zur EGS oder zu Beamten der EGS aus früheren Tätigkeiten oder jetzt?

R. G., BA (BVT): Würde ich verneinen, ich habe jetzt also keinen besonderen Bezug zur EGS. Ich habe im Zuge meiner Tätigkeit in der LPD Wien nach der Offiziersausbildung natürlich mit allen Dienststellen Kontakt gehabt. Da war ich im Organisations- und Strategiebüro tätig, habe auch in Projekten und in Umsetzungen mitgewirkt, und da ist mir Kollege Huber, der Leiter der EGS - - Ich glaube, damals war er noch kein Leiter, aber mit dem war ich damals in Kontakt, wo es um die Implementierung organisatorischer Sachen gegangen ist, EDD, ePEP, Dienstplanungsangelegenheiten.

Der ist eigentlich der Einzige, der mir namentlich bekannt ist, zu dem ich auch ein Gesicht habe, sage ich einmal, den ich aber während der Hausdurchsuchung nicht gesehen habe. Kontakte über diese dienstlichen Dinge hinaus habe ich allerdings nicht, und mir erinnerlich auch nicht mit anderen der EGS. Allerdings hat die EGS, glaube ich, über 100 Beamte. Nageln Sie mich nicht fest, wenn es dort den einen oder anderen gibt, mit dem ich in irgendeiner Schulung oder

Grundausbildung oder dienstführenden Ausbildung quasi tätig war! Es gibt oder es hat zum Zeitpunkt der Maßnahme Kollegen bei uns gegeben, die eine frühere Tätigkeit bei der EGS gehabt haben. Von dem her ist es ja - - Die EGS muss man sich so vorstellen, das ist ja keine Dienststelle, die ich von Beginn meiner Laufbahn bis zum Ende mache, sondern das sind eher so Durchlaufdienststellen, wo man über einige Jahre, sage ich einmal, operativ tätig ist und sich dann eben verändert und woanders ist; dann hat man natürlich eine Vergangenheit, aber nicht direkt im Zusammenhang mit der Tätigkeit bei der EGS.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Danke schön. – Ich darf Ihnen ein Dokument vorlegen, das Dokument 7643, und zwar ist das ein anonymes Schreiben, vermutlich von einem EGS-Beamten. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Ich möchte Sie zu zwei Passagen fragen, ob Sie dazu Wahrnehmungen haben. Wenn Sie vielleicht den letzten Absatz auf der ersten Seite dieses anonymen Schreibens ansehen. Da steht: „Während der Hausdurchsuchung im Extremismusreferats des BVTs waren wir mündlich durch den Einsatzleiter und die Staatsanwältin dazu angehalten, soviel wie möglich mitzunehmen.“ – Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen dazu? Können Sie dazu etwas sagen?

R. G., BA (BVT): Ich würde mir das gerne einmal durchlesen, damit wir wissen, worüber wir - -

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Gerne, ja! (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

R. G., BA (BVT): Zu welchem Punkt haben Sie jetzt konkret eine Frage?

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Ich wiederhole noch einmal, und zwar zu dem letzten Absatz auf der ersten Seite dieses Schreibens. Da steht: „Während der Hausdurchsuchung im Extremismusreferats des BVTs waren wir mündlich durch den Einsatzleiter und die Staatsanwältin dazu angehalten, soviel wie möglich mitzunehmen.“ – Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen zu Diskussionen dazu?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, zur Kommunikation zwischen Einsatzleitung, Staatsanwaltschaft beziehungsweise den eingesetzten Kräften haben wir keine Wahrnehmung, denn das ist über Funk oder über Telefon gekommen.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Nein, ich meine in der Diskussion, dass man dort, wo Frau S. G. (BVT) in dem Büro war, wo durchsucht worden ist, ob Sie da Wahrnehmungen haben, dass es da zu Diskussionen gekommen ist zwischen den Beamten, die dort im Einsatz waren? Sie waren ja die ganze Zeit dort vor Ort.

R. G., BA (BVT): Ich war vor Ort, allerdings habe ich dazu keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Da haben Sie keine Wahrnehmung. Dann möchte ich Sie fragen: Im vorletzten beziehungsweise letzten Satz steht, dass es den Anschein hatte, „dass die Gründe für die Hausdurchsuchung überhaupt nicht gegeben waren“. Hat es da Diskussionen gegeben?

R. G., BA (BVT): Nein, die Diskussion war eher in diese Richtung, dass sie es ja nicht wissen. Sie sind nicht ermittelungsführende Dienststelle und sie machen das, was Auftrag ist.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Es hat aber keine Grundsatzdiskussion zu dieser Hausdurchsuchung gegeben?

R. G., BA (BVT): Nein, zumindest habe ich dazu keine Wahrnehmungen gehabt.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Auf der zweiten Seite, das ist die letzte Seite dieses Schreibens, steht dann, dass es im Laufe dieser Amtshandlung so quasi klar wurde, dass diese Hausdurchsuchung schon „peinlich“ war, dass man sich vereinzelt entschuldigt hat. Hat es das in Ihrem Bereich gegeben, dass sich da wer entschuldigt hat?

R. G., BA (BVT): Also zu einer Entschuldigung habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Da haben Sie keine Wahrnehmung. – Sie waren auch dabei, als das Sicherstellungsprotokoll angefertigt worden ist, haben Sie gesagt. Wo war das noch einmal? Im Besprechungsraum, glaube ich, nicht?

R. G., BA (BVT): Das war kurz vor Abschluss, sage ich einmal, so zwischen 16 und 17 Uhr im Besprechungsraum, wo wir in der Früh zusammengesessen sind. Ich glaube G. S. (EGS), der jeweilige zuständige Beamte von der EGS-Gruppe, die bei uns eingesetzt war, hat das damals durchgezählt und dann eben die Seitenanzahl noch draufgeschrieben. Das ist mir noch in Erinnerung.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Es hat aber auch ein Gespräch oder eine Diskussion darüber gegeben, dass es auch Fallakten oder Falldaten dabei gibt, und die sind in dem Sicherstellungsprotokoll besonders hervorgehoben worden.

R. G., BA (BVT): Genau. Meiner Erinnerung nach hat Frau S. G. (BVT) darauf bestanden, dass konkret Beweismittel draufgeschrieben werden muss, und das ist, so wie ich es in Erinnerung habe, auch tatsächlich passiert, dass Beweismittel draufgeschrieben worden ist. Allerdings habe ich kein Sicherstellungsprotokoll, dass ich das jetzt nach dieser Zeit bestätigen kann.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Meine Frage zu diesen Papieren, die mitgenommen worden sind, diesen Papierdokumenten: Da haben Sie gesagt, dass nach Beschuldigten durchsucht worden ist. Sie haben gesagt, Sie haben zwar nicht den direkten Auftrag per Funk oder per Handy mitbekommen, aber Sie haben mitbekommen, wie dieser Auftrag weitergegeben worden ist. Was war denn der Inhalt dieses Auftrages? Sie sprechen immer von Beschuldigten. Welche Namen hat der dann genannt, die weitergegeben worden sind?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, ob es nur Zöhrer war, ob es jetzt Beschuldigte war ist mir jetzt nicht eindeutig in Erinnerung. Ich glaube, Beschuldigte, bin mir aber nicht sicher. Zöhrer ist jedenfalls gefallen, der Name Zöhrer, ob es jetzt allerdings auf sämtliche Beschuldigte oder ob sie da intern selbst diskutiert haben, müssen wir jetzt alle Beschuldigten oder nur den Zöhrer, ob es wegen dem - - Wie gesagt, ich habe die konkrete Kommunikation, was dann de facto Auftrag war und was rückgemeldet wurde, ja nicht selbst wahrgenommen. Was ich jedenfalls annehme, ist, dass das, wo Zöhrer in einer Kommunikation draufgestanden ist, sicherzustellen ist.

Ich glaube, das ist konkret dann auch gekommen, weil ja eine E-Mail zur Einladung einer Weihnachtsfeier, das hat natürlich für die Bediensteten dort - -: Müssen wir das wirklich mitnehmen? Sogar bei so einem Dokument wurde rückgefragt: Ja, alles mitnehmen, weil eben auch der damalige stellvertretende Direktor in dem Verteiler, der an alle Bediensteten gegangen ist, informiert war. Solche Diskussionen hat es dann also gegeben: Soll man das wirklich mitnehmen? Sie haben das hinterfragt, wenn der Auftrag kommt: Alles! – Das ist möglicherweise auch dann - -, ob man dann sagt: Okay, man nimmt einfach alles mit, wo das draufsteht.

Wie das aber zustande kommt, wie gesagt, dazu habe ich keine Wahrnehmungen. Ich kann nur sagen, was ich selbst wahrgenommen habe und dass das Mail für die Weihnachtsfeier auch bei den EGS-Mitarbeitern zu Diskussion und Irritationen geführt hat.

Allerdings nach Rückfrage, und da muss man auch - -, sage ich einmal, wenn man eine operative Einsatzführung in der Dimension macht, muss man auch die Einsatzführung verstehen, dass der nicht weiß: Welchen Zettel hat jetzt jeder gerade wo in der Hand? – Und der sagt: Der Auftrag war, das steht drauf, und alles, wo das draufsteht, nehmt ihr mit, und wenn wir es dann nicht brauchen, dann wird es wieder ausgefolgt.

Da kann ich auch die Einsatzführung verstehen, dass man sich da nicht über jedes Detail hineinversetzen kann. Und dass sie nicht überall anwesend sein können, ist auch logisch. (Abg. *Androsch: Ja, ja, das ist mir schon - -!*)

Also das wird möglicherweise überbewertet in der - - Also das ist mein Eindruck, weil ich die Seite der Einsatzführung kenne und die Probleme, die einer vor Ort im Zuge einer

Hausdurchsuchung hat, der einen Zettel hat und das ganz anders beurteilen kann als ich, der in einer Einsatzführung fernmündlich mit 17 anderen Sachen konfrontiert ist, dann den Auftrag gibt, überall, wo es draufsteht, ist sicherzustellen, ist ein klarer Auftrag. Dann müssen sie es machen, obwohl es für den einen jetzt nicht ganz nachvollziehbar ist, aber im Gesamten sehr wohl dann auch einen Sinn ergibt.

Denn es ist wesentlich schlimmer, wenn ich etwas nicht mitnehme, obwohl ich es hätte mitnehmen sollen. Und alles, was ich, sage ich einmal - - Gerade wenn es um so etwas geht, wo es ja eh, sage ich einmal, auch keinen Wert für denjenigen hat, dem es sichergestellt wird, ist es, glaube ich, irrelevant.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Ich bewerte das jetzt ja nicht, sondern die Frage war - -

R. G., BA (BVT): Nein, aber ich meine nur, das ist das, was mir in Erinnerung war von dieser Diskussion: Ist das jetzt lächerlich? Müssen wir das mitnehmen?

Aber das ist mir konkret in Erinnerung: dieses eine E-Mail mit der Weihnachtsfeier-Einladung. Das ist ja auch immer thematisiert worden.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Ich möchte es nur gern für mich verstehen. Sie sagen, Sie waren nicht dabei, als dieser Funkspruch oder dieser Auftrag gekommen ist. Sie waren nicht dabei, als der unmittelbare Auftrag dessen, der den Funkspruch erhalten hat, an die Mitarbeiter, also an die Beamten, die eingeschaltet waren, ergangen ist. – Von wem haben Sie die Information konkret, dass es so war?

R. G., BA (BVT): Ich war schon dabei! Allerdings höre ich den Funk nicht, wenn der einen Stöpsel im Ohr hat und eine Nachricht - -

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Ja, ich habe Sie nach dem gefragt – Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche, vielleicht zum Präzisieren –, ich habe Sie nach dem gefragt, was der Einsatzleiter dort vor Ort dann den Mitarbeitern, den Beamtinnen und Beamten, weitergegeben hat.

R. G., BA (BVT): Wir müssen jetzt alles noch einmal durchschauen nach Kommunikation mit – und da bin ich mir jetzt nicht sicher – Beschuldigten oder nur Zöhrer. Aber der Name Zöhrer ist jedenfalls gefallen, das ist mir in Erinnerung. Ob das dann für alle Beschuldigten der konkrete Auftrag über Rückfrage war oder eben nur Zöhrer, kann ich nicht beurteilen. (Abg. *Androsch: Okay!*)

Ich weiß auch nicht, welche Daten sichergestellt wurden. Ich kenne diese 397 Seiten nicht.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Das wollte ich fragen: Kennen Sie die? – Denn bei den Falldaten war man sehr akribisch, bei den Papierdaten, die sind nur durchgezählt worden und fertig, und dann ist nicht mehr geschaut worden, ob das jetzt fallbezogen ist oder nicht fallbezogen ist, ob das jetzt ein Thema des Extremismusreferats ist, das eigentlich mit dem Gegenstand der Ermittlungen gar nichts zu tun hat.

Das haben Sie dann nicht mehr wahrgenommen oder irgendwer dort?

R. G., BA (BVT): Ich habe mir diese 397 Seiten nicht angesehen in dem Fall, die sind durchgezählt worden, die sind sichergestellt worden. Ich kann jetzt nicht sagen, ob Frau S. G. (BVT) sie dort vor Ort gesichtet hat und gewusst hat, was da jetzt mitgenommen wird.

Bei den Falldaten ist es so, dass es ja mit Beschriftungen und so weiter möglicherweise bereits offensichtlich war, dass das jetzt eben Beweismittel sind. Da wurde darauf bestanden, dass das konkret vermerkt wird, dass das auch bekannt ist.

Abgeordneter Ing. Maurice Androsch (SPÖ): Danke Ihnen.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Herr Oberst! Wie Sie schon ausgeführt haben, hat die EGS dann im Laufe der Hausdurchsuchung den Auftrag erhalten, schriftliche Dokumente nach den Namen von Beschuldigten im Verfahren durchzusehen und diese sicherzustellen. – Wissen Sie in etwa, wie viele Dokumente das waren, die durchgesehen wurden?

R. G., BA (BVT): Also der Auftrag war meines Erachtens, alles durchzuschauen nach Kommunikation. Allerdings durch diese Stapel, die da waren - - Ich meine, es ist zwar viel, allerdings war es doch, sage ich einmal, insofern strukturiert, dass eben die jeweiligen Fälle schon zusammen abgelegt sind. Wie viele das waren, kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Aber wenn ich Tausende Seiten, die durchgesehen wurden - -

R. G., BA (BVT): Wie gesagt: Wie genau sie es im Konkreten gemacht haben bei allen Seiten - -

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Haben Sie die Durchsicht, also das Vorgehen, die Handlung - -

R. G., BA (BVT): Natürlich wurde geblättert und geschaut: Was steht drauf? – Weil sie ja gesucht haben eben nach konkreten Namen von Beschuldigten, oder eben nur Zöhrer.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Haben Sie den Eindruck gehabt, dass die Schriftstücke auch auf den Inhalt, auf den Text, sinnerfassend durchgelesen wurden? – Durchgelesen wurden, sagen wir einmal so.

R. G., BA (BVT): Nein. Eher ist das ein ausgedrucktes Mail. Das erkennt man eigentlich ja schon am Kopf: Steht der Name drauf oder nicht?

Und wie gesagt, bei der Vielzahl an Papier ist das - -

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Wäre das in dieser Zeit, wo das bewältigt wurde (*Auskunfts*person **R. G. (BVT): Nein!**), überhaupt denkmöglich gewesen, die Schriftstücke auf den Inhalt so zu kontrollieren, dass man im Nachhinein darüber Auskunft geben kann?

R. G., BA (BVT): Meiner Meinung nach nicht.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Okay.

Betreffend die sichergestellten Datenträger aus dem Büro S. G. (BVT): Wurde Frau S. G. (BVT) die Gelegenheit gegeben, zu beschreiben, was auf den einzelnen Datenträgern gespeichert ist? Haben Sie eine Wahrnehmung dazu? – So muss ich fragen.

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, am Ende, bei dem Sicherstellungsprotokoll, beim Ausfüllen, da sehr wohl, denn da ist quasi noch einmal gefragt worden: Was ist da konkret drauf? Was ist da konkret drauf? Wo Beschriftungen und so weiter waren, war es ja ohnehin kein Thema. Da wurde auf das Bezug genommen.

Ob bereits zu Beginn der Maßnahme? – Ich war nicht wirklich ununterbrochen dort bei dem Büro, aber ich sage einmal, doch den überwiegenden Teil der Hausdurchsuchung. Ich persönlich habe es am Ende, bei der Sicherstellungsprotokollerstellung - - So gegen 16, 17 Uhr, da wurde wirklich der Datenträger noch einmal durchgenommen: Da schreiben wir das noch dazu, da schreiben wir das noch dazu. So wurde dann quasi beim Sicherstellungsprotokoll das auch ergänzt.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Also zum Zeitpunkt der effektiven Sicherstellung, der räumlichen Veränderung, wurde Gelegenheit gegeben, sich dazu zu äußern, was auf den einzelnen Datenträgern ist. – Kann man das kurz so sagen?

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Gut.

Gibt es auch Datenträger oder hat es welche gegeben, die nicht beschriftet waren? – Nur, was Sie bemerkt haben oder was Sie persönlich gehört oder gesehen haben.

R. G., BA (BVT): Ich persönlich habe mir nicht alle Datenträger in der Tiefe angeschaut, die da sichergestellt worden sind. Also ich habe keine Wahrnehmungen dazu.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Danke.

Gehen wir zum Umgang mit Daten: Wenn Sie zum Beispiel den Inhalt eines USB-Sticks kopiert haben wollen, wie ist dann die Vorgangsweise? Wie bekommen Sie das im BVT?

R. G., BA (BVT): Einen schriftlichen Auftrag an das Referat der IKT, die machen mir eine Kopie davon beziehungsweise machen die Gegenzeichnung, und ich gehe runter und sage, dort und dort - - Der Ordnerpfad ist quasi in diesem Antrag schon drinnen, wo der Originaldatensatz ist, den ich auf den Stick kopiert brauche. Dann wird das auf den Stick draufgespielt.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Wer ist befugt, solche Anordnungen zu geben, dass das kopiert wird?

R. G., BA (BVT): Referatsleitung.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Referatsleitung?

R. G., BA (BVT): Also wenn jetzt ein Mitarbeiter etwas braucht, muss ich das gegenzeichnen. (Abg. **Ries:** Hängt die - - ?) Beziehungsweise die Frau S. G. (BVT).

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Bitte?

R. G., BA (BVT): Beziehungsweise die Frau S. G. (BVT). (Abg. **Ries:** Okay!) Gegenzeichnen.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Was mit Daten, die auf Datenträgern gespeichert sind, gemacht werden darf: Hängt das mit der Klassifizierung, nehme ich an, der Dokumente zusammen, der Dokumente der Daten?

R. G., BA (BVT): Ob ich es überhaupt aus dem System oder elektronisch verarbeiten kann, das hängt natürlich von der Klassifizierung ab.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Wer nimmt die Klassifizierung im Hause vor?

R. G., BA (BVT): Das ist ein schwieriges Thema, sage ich einmal. Es ist unterschiedlich. Aber diese Sachen würde ich, wenn, dann in einer vertraulichen Sitzung besprechen.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Ja.

Sie haben gesagt, Ihr Arbeitsgerät – das Laptop, Notebook – können Sie auch mit nach Hause nehmen und können über dieses Gerät ins System einsteigen.

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Was sehen Sie alles, wenn Sie einsteigen? Ist das die Arbeitsmaske, die Sie auch im Amt vorfinden?

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Das heißt, von den Mails angefangen bis zu den Edis-Daten?

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Haben Sie auch via Diensttelefon Zugriff auf Ihr Mailfach im BVT?

R. G., BA (BVT): Ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Welche Veränderungen können Sie über das Notebook oder auch über das Telefon vornehmen?

R. G., BA (BVT): Übers Telefon Outlook-Zugriff, auf sonst nichts.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Das heißt aber, Sie können Mails von dort aus weiterleiten?

R. G., BA (BVT): Genau, ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Oder auch löschen?

R. G., BA (BVT): Genau, ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Okay. Und mit dem Notebook?

R. G., BA (BVT): Mit dem Notebook ist es wie auf einem Arbeitsplatz im BVT, also wie in meinem Büro. Kann ich alles durchführen, genau so, wie ich es in meinem Büro machen kann, also ist das eigentlich der identische Arbeitsplatz.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Okay. Das heißt, Sie können auch von zu Hause eine Löschung vornehmen?

R. G., BA (BVT): Ja, wie gesagt: Löschung, da muss man unterscheiden. Das eine ist die Aktenverwaltung in unserem Programm Edis, sage ich einmal. Dort ist mir glaublich keine Löschung möglich. Also da kann ich nichts unwiderruflich löschen als User, der ich ja trotzdem nur bin, mit besonderen Berechtigungen in Genehmigungsprozessen, allerdings nicht von der Administration her. Die Dokumente oder E-Mails kann ich natürlich löschen, also die, die quasi in der normalen Oberfläche bearbeitet werden. Aber die Datenbank Edis an sich, dort kann ich nichts unwiderruflich löschen als User.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Eine Frage zum Verständnis: Ist das Edis mit dem PAD der Polizei (*Auskunfts*person **R. G. (BVT): Nein!**) im Aufbau ähnlich?

R. G., BA (BVT): Na ja, vom Aufbau her ist quasi das Edis – wie soll man sagen? – der Vorläufer vom jetzigen, neuen PAD, das quasi in Verwendung ist.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Ein Aktenverwaltungssystem, wo Dokumente eingespeichert werden?

R. G., BA (BVT): Genau, ein Aktenverwaltungssystem, wo Prozesse dargelegt werden, wo eben alles nachvollziehbar, lückenlos dokumentiert ist: Wer hat Einsichtnahme zum Akt? Zu welchem Zeitpunkt? Wann gesehen? Wann versendet? Wann verändert?

Also da gibt es im Endeffekt die gesamte Historie dazu, wer alles auf welchen Akt wie oft wann zugegriffen, verändert, abgeändert hat, versendet hat oder empfangen hat.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Das heißt, Sie können von zu Hause aus den Edis-Akt verändern, haben aber keinen Einfluss als User, wie Sie sagen, auf den Aktenlauf, der aufgezeichnet wird, im System?

R. G., BA (BVT): Im Endeffekt ist es ein Protokolldatensatz. Also es wird jeder Schritt mitprotokolliert, der im Edis gemacht wird, nachvollziehbar, um eben im Fall einer Manipulation, oder wie auch immer, zu schauen: Wer hat zuletzt zugegriffen? Oder wer hat den Datensatz dort oder da verändert? Oder bei wem liegt der Akt? – Solche Sachen also im Endeffekt.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Also den elektronischen Laufzettel können Sie nicht verändern als User (*Auskunfts*person **R. G. (BVT): Genau!**), aber sehr wohl im Akt Veränderungen vornehmen, auch in Schriftform.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Kollege, die Fragezeit in dieser Runde ist erschöpft.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Danke.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf darauf aufmerksam machen: Wenn es den Wunsch nach einer Befragung in geheimer Sitzung gibt, dann wäre es notwendig, dass wir die StenographInnen entsprechend verständigen. – Gibt es den Wunsch?

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Den Wunsch wollte ich gerade äußern, ja. Ich hätte keine Fragen mehr in der medienöffentlichen Sitzung, aber eben zu den vorher gestellten Fragen gerne eine vertrauliche.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Dann ersuche ich um Verständigung der StenographInnen.

Gibt es weitere Fragen?

Androsch? – In der zweiten Runde nicht.

Herr Dr. Pilz? – Auch nicht.

Mag. Ofenauer? – Bitte.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Ja, vielleicht noch ein paar Ergänzungsfragen.

Es sind im Zuge der Hausdurchsuchung offensichtlich zahlreiche Daten aus dem Büro der Frau S. G. (BVT) sichergestellt worden, die augenscheinlich nichts mit diesem Fall zu tun hatten. – Haben Sie Wahrnehmungen dahin gehend, dass Frau S. G. (BVT) die Beamten beziehungsweise Frau Mag. Schmudermayer darauf hingewiesen hat?

R. G., BA (BVT): Dass klassifizierte - -

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Klassifizierte Dokumente oder Daten, die mit dem Fall offensichtlich nichts zu tun haben (*Auskunfts*person **R. G. (BVT):** Wo die - -?), weil sie zum Beispiel CDs des Bundesverfassungsschutzes sind, oder ähnliche?

R. G., BA (BVT): Diesbezüglich hat es natürlich Diskussionen gegeben. Ich habe ja vorher auch schon erwähnt, dass quasi drei Bedienstete des Rechtsreferats, sage ich einmal, bei uns waren, also des Referats Recht, und diesbezüglich auch mit der Staatsanwältin – zumindest haben sie es uns so kommuniziert – quasi in Kontakt getreten sind, weil eben zu schützende Informationen da sichergestellt werden, klassifizierte Informationen. Da wurde über möglichen Widerspruch und so weiter diskutiert, auch bei uns im Referat, allerdings nicht in Anwesenheit der Staatsanwältin. Allerdings die Möglichkeiten und so weiter, die abgesteckt worden sind, die Diskussion darüber hat sehr wohl stattgefunden.

Wie das dann tatsächlich bei der Staatsanwältin kommuniziert wurde und wie die Entscheidungen getroffen wurden oder Rückfragen, dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Und Wahrnehmungen, warum da diese Daten trotzdem sichergestellt wurden? Trotz Klassifizierung?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, es ist die Entscheidung so gefallen. Das ist uns so kommuniziert worden von unserem Referat Recht, dass trotzdem sichergestellt wird, trotz Klassifizierung. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, aber wir können uns in diesem Fall nicht wehren in Form eines Widerspruchs, weil es eben rechtlich nicht vorgesehen ist.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Das heißt, ein Antrag auf Versiegelung ist nicht zugelassen worden, offensichtlich?

R. G., BA (BVT): Wie gesagt, wie es konkret stattgefunden hat, dazu habe ich keine Wahrnehmungen. Ich kann nur das mitteilen, wie es uns kommuniziert wurde: dass trotzdem sichergestellt wird, trotz Bekanntgabe der Bedenken durch unser Referat Recht.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen, ob diese Daten oder Gegenstände versiegelt wurden oder mit einem besonderen Schutz bei der Sicherstellung oder mit einem besonderen Hinweis versehen worden sind?

R. G., BA (BVT): Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Keine Wahrnehmungen.

Vielleicht allgemein zur Stimmung nach dieser Hausdurchsuchung im BVT: Lässt sich die beschreiben?

R. G., BA (BVT): Na ja, allgemeine Verunsicherung, würde ich einmal sagen.

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Danke.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Dann darf ich vor der dritten Fragerunde die Sitzung kurz unterbrechen und die Fraktionsführer zu einer kurzen Stehung zu mir bitten.

Die Sitzung ist ***unterbrochen***.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 14.56 Uhr ***unterbrochen*** und um 14.58 Uhr als solche ***wieder aufgenommen***.)*

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Dann ***nehme*** ich die Sitzung ***wieder auf***.

Mir liegen jetzt nur noch Wortmeldungen vor, die aufgrund gesetzlich vorgesehener Schutzinteressen nur in vertraulicher Sitzung erfolgen dürfen. Wir kommen daher zur Befragung in vertraulicher Sitzung, und ich unterbreche die Sitzung und ersuche die Medienvertreter, das Ausschusslokal zu verlassen.

Die Sitzung ist ***unterbrochen***.

*(Der medienöffentliche Teil der Sitzung wird um 14.58 Uhr ***unterbrochen***. – Fortsetzung: 15.01 Uhr bis 15.13 Uhr vertraulich; siehe Protokoll der vertraulichen Befragung unter Verwendung von Dokumenten der Klassifizierungsstufe 2. – Sitzungsunterbrechung: 15.13 Uhr bis 15.34 Uhr. – Fortsetzung: 15.34 Uhr bis 15.42 Uhr vertraulich; siehe gesonderte Auszugsweise Darstellung, vertraulicher Teil.)*
